

DIE LINKE. *Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung* **Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei DIE LINKE**

Rundschreiben Nr. 21. – Oktober 2018. Auch als Beilage zur Zeitschrift „Politische Berichte“ Nr. 10/2018.

Sprecher/innen: V.i.S.d.P.: Wolfgang Freye, Windmühlenstraße 25, 45147 Essen, Email: w.freye@web.de, Brigitte Wolf, Email: brigitte.wolf@mnet-online.de. Redaktion: Eva Detscher, Email: eva.detscher@web.de.

Inhalt	
Berichte zu ArGe Sommerschule 2018, Planung weiterer Projekte, Winterschule und ArGe-Tagung 2019 – Vorbemerkungen	1
Einladung zur Tagung des LINKEN ArGe Konkrete Demokratie	
Soziale Befreiung 3.- bis 5. Januar 2018	1
Berichte und Dokumente Sommerschule	
Einladungstext zur Sommerschule 2018	2
Texte und Dokumente der Sommerschule	3
„Frieden durch Recht“- Der historische und ideengeschichtliche Ort der Schrift „zum ewigen Frieden“ von Immanuel Kant	
Vortrag von Karl-Helmut Lechner	4
1911: KURZ VOR DEM GROSSEN KRIEG: ZWEI DOKUMENTE. (S. 9–21)	
Ledebour-Luxemburg-Kontroverse um Abrüstungsfrage, Völkerverständigung, Vereinigte Staaten von Europa. Einleitung. Von MARTIN FOCHLER,	9
Der SPD-Abgeordnete Georg Ledebour zur Abrüstungsfrage. 10 Rosa Luxemburgs Polemik gegen „Friedensutopien“	17
„Macht und Frieden, Grundlegung einer Theorie der internationalen Politik“, (Hans J. Morgenthau). Von CHRISTOPH CORNIDES.	21
„Weltordnung“ von Henry Kissinger. Von CHRISTOPH CORNIDES	22
Unterstützte Projekte / Sachstandsberichte	
Projekt Wegemarken. Von ROLF GEHRING.	22
Religionsfreiheit und linke Politik. Von KARL-HELMUT LECHNER	22
Berichterstattung „Rechte Provokationen – demokratische Antworten“. Von ROSEMARIE STEFFENS	23
Projekt: „Duales System der Berufsausbildung“ – Erfolgsmodell oder krisenhafte Entwicklung? Von JOHANN WITTE.	23
NEU: Lektüreprojekt: Der Große Krieg 1914–1918 und die Politik der Kriegsgegner. Zusammenstellung und Projektbetreuung EVA DETSCHER, MARTIN FOCHLER.	23

Berichte zu ArGe Sommerschule 2018, Planung weiterer Projekte, Winterschule und ArGe-Tagung 2019 – Vorbemerkungen

Das Thema: „Friedenspolitik, Völkerverständigung, zwischenstaatliche Beziehungen – Traditionslinien linker Politik“ muss weiter bearbeitet werden.

Die Einladung zur Sommerschule 2018 – das Tagungsprogramm war erst Anfang Juli zur Veröffentlichung in den Politischen Berichten Nr. 7 / 2018 fertig geworden – wies darauf hin, dass es vor allem darum gehen würde, in eine kontinuierliche Bearbeitung des Themenkreises „Friedenspolitik, Völkerverständigung, zwischenstaatliche Beziehungen – Traditionslinien linker Politik“ einzusteigen.

Die Liste der zur Diskussion eingereichten Texte (siehe Seite

2) war umfangreich, auf manches konnte nur hingewiesen, manches konnte nur angerissen oder in der Diskussion herangezogen werden.

Die Texte, die (in Auszügen) gemeinsam gelesen werden konnten, sind mit dem in eckige Klammern gesetzten [erörtert] gekennzeichnet; manche der Texte werden in diesem Heft auch kurz beschrieben (Morgenthau und Kissinger) oder ausführlich erläutert (Kant).

Donnerstag, 3., bis Samstag, 5 Januar 2019, in Erfurt, Jugendherberge: Tagung der LINKEN-ArGe Konkrete Demokratie Soziale Befreiung

Technische Hinweise und Präzisierung des Tagungsprogramm in den Politischen Berichten Nr. 11, die Mitte November erscheinen.

Donnerstag, 3. Januar, 14 Uhr, bis Freitag, 4 Januar, 18 Uhr, in Erfurt: Winterschule der Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie Soziale Befreiung. Thema: Der Große Krieg und die Opposition im Deutschen Reich an der Schwelle zum zwanzigsten Jahrhundert.

Samstag, 5. Januar 2018, 9 bis 12.30 Uhr: Mitglieder-versammlung. Liebe Genossinnen und Genossen, hiermit laden wir Euch herzlich zu einer Mitgliederversammlung der ArGe Konkrete Demokratie, Soziale Befreiung am Samstag, 5. Januar 2019, 9 Uhr, in der Jugendherberge Erfurt ein. Es stehen keine Wahlen zu Funktionen an, es gab im letzten Jahr jedoch den Wunsch, über die Zukunft der Winter- und Sommerschule ausdrücklich zu sprechen und ggfs. Entscheidungen dazu zu treffen. Das soll bei der Mitgliederversammlung geschehen, die während der Winterschule stattfindet.

Deshalb schlagen wir folgende Tagesordnung vor:

1. Begrüßung, Festlegung von Versammlungsleitung und Protokollführung
2. Bericht von Sprecherin und Sprecher – Aktuelle politische Situation
3. Vorstellung der derzeit laufenden Projekte der ArGe
4. Zukunft der Sommer- und Winterschulen
5. Mitgliedergewinnung
6. Verschiedenes

Die Mitgliederversammlung ist selbstverständlich öffentlich. Solidarische Grüße, *Wolfgang Freye, Brigitte Wolf*

Samstag, 5. Januar, 15 bis 17.30 Uhr: Öffentliches Seminar mit Gästen, Arbeitstitel „**Das Konzept der ‚entmilitarisierten Sicherheit‘ – ein erfolversprechender Ansatz?**“ (Siehe auch Vorbemerkung)

Die Annäherung ans Thema: Lektüreprojekt

Ein Darstellung der wesentlichen Inhalte aller Texte und eine angemessene Würdigung in unserer Diskussion übers Knie zu brechen, hätte zu unbefriedigenden Ergebnissen führen müssen. Wir haben uns daher auf ein Lektüreprojekt verständigt. Das Projekt wird in Kooperation mit den *Politischen Berichten*, Redaktionsbereich *Diskussion und Dokumentation*, betrieben.

Mit diesem Rundschreiben beginnen wir, eine Liste von Büchern und Dokumenten zu erstellen, die für einen Lektürebericht bzw. eine Rezension vorgeschlagen werden. Zum aktuellen Planungsstand siehe Seiten 23 und 24 dieser Publikation.

Diese Liste stellt eine Arbeitsliste dar und wird auf der Internetseite www.linkekritik.de publiziert, sie ist ausdrücklich für weitere Anmeldungen offen. Auf www.linkekritik.de/lektuereliste ist damit jederzeit nachzulesen, welche Lektüreberichte geplant sind, warum sie als für diese Liste geeignet erachtet werden, wer sich der Lektüre widmen und den Bericht schreiben möchte und natürlich auch, was bereits erledigt werden konnte und wann und wo veröffentlicht wird.

Thema für die Winterschule 2019: (Donnerstag, 3., bis Samstag, 5.1.2019)

Der Große Krieg 1914–1918 und die Politik der Kriegsgegner –

Dieses ideengeschichtliche Thema wollen wir bei der Winterschule am Donnerstag und Freitag bearbeiten. Näheres zu den inhaltlichen Vorstellungen werden wir in den Politischen Berichten im November 2018 zusammentragen.

Am Samstagvormittag wird die Mitgliederversammlung der „ArGe Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ anschließen (siehe Einladung auf Seite 1). Im Rahmen der ArGe-MV wird es auch Gelegenheit zur Diskussion der Projekte geben, die sich erfreulicherweise in der Praxis der ArGe entwickelt haben (Berichte zu den einzelnen Projekten finden sich auf den Seiten 22 bis 24).

Der Samstagnachmittag ist reserviert für ein öffentliches Seminar mit Gästen, Arbeitstitel „Das Konzept der ‚entmilitarisierten Sicherheit‘ – ein erfolversprechender Ansatz?“. Als Referenten wollen wir das Spektrum (linke) deutsche Friedens- und Sicherheitspolitik in internationalem Kontext, europäische

Berichterstattung von der Sommerschule 2018

In dieser Ausgabe des Rundschreibens dokumentieren wir den Einleitungsvortrag von Helmut Lechner, der einer ausführlichen Erörterung der Kantschen Schrift und des Lassalleschen Textes vorausging.

Nach Diskussion im Kurs zu der Kontroverse Ledebour / Luxemburg aus dem Jahre 1911 erschien es uns angebracht, den entsprechenden Teil der Ledebourschen Rede und die Antwort Rosa Luxemburgs zu dokumentieren. Seite 10 bzw. Seite 17.

Die Befassung mit dem historischen Stoff machte uns recht deutlich, dass nicht nur die Spaltung der linken bzw. sozialistischen bzw. sozialdemokratischen Bewegung und Theoriebildung thematisiert werden muss, sondern auch die Spaltung aller auf Demokratie, Völkerverständigung und Frieden hin orientierten Kräfte.

Kurzbeschreibungen zu eingereichten Texten liegen zu Morgenthau und Kissinger vor (siehe Seite 21 und 22)

Ebene sowie gewerkschaftliche Positionierung auf nationaler wie europäischer Ebene abdecken. Bei Redaktionsschluss hatten wir die Zusage von Dr. rer. pol. habil. Erhard Crome, ein ausgewiesener Fachmann und Kenner dieses Themengebiets. Er ist als Politikwissenschaftler Referent für Friedens- und Sicherheitspolitik im Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Er bearbeitet Fragen der Friedens- und Sicherheitspolitik, Europapolitik und der Bewegung der Sozialforen, koordiniert den Gesprächskreis Frieden und Sicherheitspolitik der Rosa-Luxemburg-Stiftung und ist Mitglied im Berliner Debatte Initial e.V., im WeltTrends e.V., Potsdam, sowie in der Gesellschaft für Kultursoziologie e.V., Leipzig (zitiert nach seiner Seite bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung).

Vorbereitungsgruppe, weitere Beteiligung willkommen: Christoph Cornides, Mannheim; Eva Detscher, Karlsruhe; Martin Fochler, München; Rolf Gehring, Brüssel; Helmut Lechner, Norderstedt

Da das bei der erst spät fertig gewordenen Einladung zur Sommerschule konzipierte Thema weiter bearbeitet wird, drucken wir hier den Einladungstext zur Sommerschule 2018 der Linke-Arbeitsgemeinschaft „Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“, Erfurt, 9. bis 11. August, nochmals ab

Die Mitgliederversammlung der ArGe hatte eine weitere Behandlung des Problemkomplexes „Strategien der Gestaltung zwischenstaatlicher Beziehungen in der Theoriebildung und in den Emanzipationsbewegungen des 19ten Jahrhunderts“ für sinnvoll gehalten. Bei der Vorbereitung sind wir darauf gestoßen, dass das umfangreiche Material an Quellen, und die neuere Diskussion nicht leicht zugänglich sind. Wir wollen deswegen so etwas wie ein „Find- und Quellenheft“ zusammenstellen, das auf Texte verweist, die in der Geschichte der

Friedenspolitik, Völkerverständigung, zwischenstaatliche Beziehungen – Traditionslinien linker Politik

Protektionismus und Nationalismus und – allgemein gesprochen – der Trend zur Lösung von Problemen zu Lasten anderer, sind als Maximen politischen Handelns auf dem Vormarsch. Wieso fallen linke Kritik und Ansätze linker Politik gegenüber diesem Trend im Streit um die öffentliche Meinung zurück? Vielleicht, weil die linken Kritiken stark sind, die großen Gefahren unilateraler Strategien aufzuzeigen, aber schwach bleiben, wenn Konzepte zur Gestaltung zwi-

emanzipationsbewegungen eine Rolle gespielt haben und auch den Zugang zu der umfangreichen aktuellen Diskussion über den Großen Krieg und seine Ursachen erleichtern. Zu den unten angerissenen Punkten werden von der Vorbereitungsgruppe Kurzvorstellungen gegeben, die eine Diskussion über wesentliche Inhalte und Relevanz ermöglichen. Damit soll ein Rahmen aufgespannt werden, der auch Beiträge von Genossinnen und Genossen, die an der Tagung nicht teilnehmen, aufnehmen kann.

zwischenstaatlicher Beziehungen zur Debatte stehen, sei es die Europäische Union, die Vereinten Nationen oder multilaterale internationale Abkommen.

Der Problemkomplex bewegt angesichts der internationalen Krisen und der anstehenden Europawahlen viele. Wir wollen in dieser Diskussion einen Beitrag leisten. Dazu der Plan eines Find- und Quellenheftes, das auch die laufende Arbeit am Thema erleichtern soll.

Texte und Dokumente der Sommerschule

1. Auszug aus Erfurter Programm der LINKEN von 2011, Abschnitt 4.5: Wie wollen wir die Europäische Union grundlegend umgestalten? Demokratie, Sozialstaatlichkeit, Ökologie und Frieden. Abschnitt 4.6: Wie schaffen wir Frieden? Abrüstung, kollektive Sicherheit und gemeinsame Entwicklung [erörtert]
2. Beschlüsse Magdeburger Parteitag 2016: Für Frieden und eine gerechte Weltordnung. Frieden mit Russland – Verständigung in Europa – Nein zu Faschismus und Krieg
3. Chronik der Friedensbewegung aus: Die moderne Friedensbewegung von Alfred H. Fried (Autor). Salzwasser-Verlag, Original von 1907
4. Claus Leggewie: Europa zuerst. Einleitung: Ins Offene; It's Europe, stupid. Ullstein Verlag, 2017 [erörtert]
5. Michael Brie: Lenin neu entdecken, VSA Verlag (Vorwort und Auszüge).
6. Immanuel Kant: Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf. S. 195 bis 213. DB Sonderband: 100 Werke der Philosophie (dort die Seiten 20.623 bis 20.645). Ursprungstext von 1795. [erörtert, siehe Bericht in diesem Heft, S. 4]
7. Ferdinand Lassalle: Fichtes politisches Vermächtnis und die neueste Gegenwart – Ein Brief von Ferdinand Lassalle, Erstdruck in Walesrodes demokratische Studien 1860 [erörtert].
8. August Bebel zum Deutsch-Französischen Krieg 1870/71.
9. Wilhelm Liebknecht: Kolonialpolitik als „Export der sozialen Frage“ am 4. März 1885 im Reichstag; Quelle: Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Reichstags, Bd. 81, Berlin 1885, 1539-1541.
10. Rudyard Kipling: The White Man's Burden (1899).
11. Rede Georg Ledebour im Reichstag, 162. Sitzung am 3. April 1911. [erörtert]
12. Rosa Luxemburg: Friedensutopien (Mai 1911), zuerst erschienen in der Leipziger Volkszeitung, Nr. 103 vom 6. Mai 1911 und Nr. 104 vom 8. Mai 1911. Rosa Luxemburg: Gesammelte Werke, Band 2, S. 491-504. [erörtert, in diesem Heft vollständig abgedruckt, S. 17]
13. Kurt Eisner: Programm der neuen Regierung, 15. November 1918. BS2 Nr. 268 vom 17.11.1918
14. Kurt Eisners nicht gehaltene Rede. NZ Nr. 65 und 67 vom 10. und 12.3.1919
15. Henry Kissinger: Weltordnung. Kapitel 7: Um der Menschheit willen, daraus: Die Vereinigten Staaten und ihr Ordnungskonzept. Amerika auf der Weltbühne. C. Bertelsmann Verlag, 2014 [erörtert, Kurzbeschreibung S. 21]
16. Hans J. Morgenthau: Macht und Frieden, Grundlegung einer Theorie der internationalen Politik. Kapitelauswahl: (1) Zwei Hauptmodelle des Gleichgewichts der Mächte; (2) Teilen und Herrschen; (3) Rüstung; (4) Bündnisse (erster Teil). Gütersloh 1963. (Die amerikanische Originalausgabe erschien unter dem Titel „Politics among Nations“ erstmals 1948). [erörtert, Kurzbeschreibung in diesem Heft, S. 22]
17. Resolution der Generalversammlung der Vereinten Nationen, verabschiedet am 19. September 2016: „71/1. New Yorker Erklärung für Flüchtlinge und Migranten. [erörtert]
18. Rainer Fattmann: Das Europa der Arbeiter. Hans Böckler Stiftung, Mai 2018
19. IGB-Resolution zu Demokratie, Frieden, Sicherheit und die Rolle der Vereinten Nationen, 2010
20. Das Manifest von Paris: Solidarisch für hochwertige Arbeitsplätze, Arbeitnehmerrechte und eine gerechte Gesellschaft in Europa einstehen. Syndicat Europaen Trade Union, 13th congress Paris, 29.9. bis 2.10.2015
21. Ein soziales Europa solidarisch gestalten – fair und gerecht. DGB-Bundeskongress 13.-17. Mai 2018:
22. Die Internationale Arbeitsorganisation: Zwischen Sorge und Hoffnung der globalen Gewerkschaftsbewegung. DGB 21.7.2017

Anmerkung:

Die Texte, die (in Auszügen) gemeinsam gelesen werden konnten, sind mit dem in eckige Klammern gesetzten [erörtert] gekennzeichnet; manche der Texte werden in diesem Heft auch beschrieben (Morgenthau und Kissinger) oder ausführlich erläutert (Kant).

Donnerstag 14 Uhr: Einstieg. Was ist der Stand? Bewertung von EU, Vereinten Nationen und multilateralen Abkommen:

- In der Programmatik der Linken bzw. der Europäischen Linken (BRD und ausgewählte Nachbarn),
- In den Aussagen des DGB und europäischer Gewerkschaften,
- In der Propaganda der globalisierungskritischen Bewegungen.

Es werden Quellen vorgestellt, und die Bewertung wird diskutiert. Ferner sammeln wir Literaturhinweise. Die Ergebnisse zu diesem Punkt sollen in publizierbare Form gebracht werden – siehe oben – bzw. der Rezensionstätigkeit z.B. in den „Politischen Berichten“ nützen.

Freitag: Rückblende auf die Entwicklung der tragenden Konzeptionen internationaler Beziehungen:

- Konzept des Weltstaates,
- Konzept des Empire,
- Konzept der Vereinigten Staaten,
- Konzept des Zollvereins und der Staatenverbände,
- Konzept Hegemonialmacht und „Pax Americana“,
- Konzept „Gleichgewicht der Mächte“,
- Das Konzept der sozialen Emanzipation – Weltrevolution,

- Sozialismus in einem Land,
- Kolonialismus und Nationale Befreiung.

Hierzu wäre unser Ziel die Zusammenstellung einer Liste zugänglicher zeitgenössischer Quellen, die in einer Publikation knapp – etwa nach dem Muster eines Wikipedia-Eintrags – vorgestellt werden sollen.

- Samstag: Anschlussfähige Traditionslinien linker Politik:
- Die Entstehung der Friedensbewegung, Begründungen,
 - ihre Verankerung in sozialen Verbänden, Gewerkschaften, Parteien,
 - in der Frauenbewegung und im Kulturbereich.

Welche fortwirkenden Impulse setzten diese Emanzipationsbewegungen und wie erklärt sich ihre Marginalisierung angesichts zugespitzter Konflikte?

Notwendigkeit der Verbindung von Friedenspolitik und Konzepten / Institutionen zwischenstaatlicher Zusammenarbeit.

Vorbereitung: Christoph.Cornides@t-online.de, eva.detscher@web.de, fochlermuenche@gmail.com, karl-helmut.lechner@wt.net.de, rgehring@efbh.be.
Weitere Mitarbeit willkommen.

„Frieden durch Recht“

Der historische und ideengeschichtliche Ort der Schrift
„zum ewigen Frieden“ von Immanuel Kant

Von Karl-Helmut Lechner

Vor mehr als 220 Jahren hat IMMANUEL KANT seine Schrift „Zum ewigen Frieden“ veröffentlicht. Der große Zeitabstand ebenso wie die Begrifflichkeit trennen uns von einem unmittelbaren Verständnis dieses Textes.

Es kann daher hilfreich sein, als Hinführung zur Lektüre dieses Textes, sich kurz die Struktur des historischen und gesellschaftliche Hintergrundes dieses Textes zu vergegenwärtigen.

Wir treten mit unserer Betrachtung ein in die politisch und geistesgeschichtlich hochdramatische Zeitspanne von 1776, dem Jahr der AMERIKANISCHEN REVOLUTION, bis zum Untergang des alten „HEILIGEN RÖMISCHEN REICHES DEUTSCHER NATION“ im Jahre 1806, der FRANZÖSISCHEN REVOLUTION 1789 und der neuen Errichtung einer dynastischen Ordnung



Immanuel Kant, 1724 bis 1804

Europas im WIENER KONGRESS 1814 / 1815. In diesen bewegten Jahren stand der gesamte mitteleuropäische Raum unmittelbar im Zeichen der Auseinandersetzung mit den Ideen, dem Verlauf und den Ergebnissen der Umwälzungen, die in Amerika und Frankreich wenige Jahre zuvor ihren Ursprung genommen hatten. Europa befand sich in einem Prozess, in dessen Verlauf sich das Mittelalter endgültig verabschiedet und am Ende eine relativ stabile Neuordnung Europas entstanden war. Zwar behalten die alten feudalen Dynastien noch lange das Heft des politischen Handelns in der Hand, aber die Nationalstaaten als die künftige Basis internationaler Politik, als Ausgangspunkt von Krieg und Frieden, bilden sich heraus. Es ist das Jahr 1795 in dem IMMANUEL KANTS Schrift erscheint.

Zwei Ereignisse des Jahres 1795 auf internationaler politischer Ebene

Der „Basler Frieden“, der Separatfrieden Preußens mit Frankreich vom April 1795, beendete den ersten Koalitionskrieg der alten Dynastien gegen das revolutionäre Frankreich. Zugleich war er für das „Heilige Römische Reich Deutscher Nation“ und dessen Reichsverfassung eine schwere Niederlage. Denn der „Basler Frieden“ war faktisch der Austritt Preußens aus dem Reichsverbund des „Heiligen Römischen Reiches“. Preußen und Österreich waren Verbündete gegen

das revolutionäre Frankreich gewesen. Das seit den Kriegen Friedrichs II. gegen KAISERIN MARIA THERESIA ohnehin gespannte Verhältnis zu Österreich erreichte nun einen Tiefpunkt. Preußen stimmte dem separaten Friedensangebot Frankreichs zu und erhielt dafür die Zusage auf Entschädigungen auf der rechten Seite des Rheins für Verluste links des Rheins. Aus preußischer Sicht bestand ein weiterer Vorteil des Basler Friedens darin, sich nach der Befriedung im Westen besser in der DRITTEN TEILUNG POLENS engagieren zu können. Das Gebiet des „Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation“ teilte sich in der Folge in einen von Preußen dominierten Norden und den von Österreich angeführten Süden. Zwischen diesen Blöcken versuchten einige Souveräne wie z.B. die Königreiche Bayern, Hannover oder Baden, ihre Staaten durch geschicktes Manövrieren zu erhalten und zu stärken. Eine erstaunlich dauerhafte Lösung für das deutsche Reichsgebiet kam aber erst zwanzig Jahre später im Zuge der Ergebnisse des Wiener Kongresses zustande. Mit der Politik Preußens war ein Wendepunkt erreicht, von dem aus ein

gerader und unumkehrbarer Weg zur Auflösung des Alten Reiches führte.

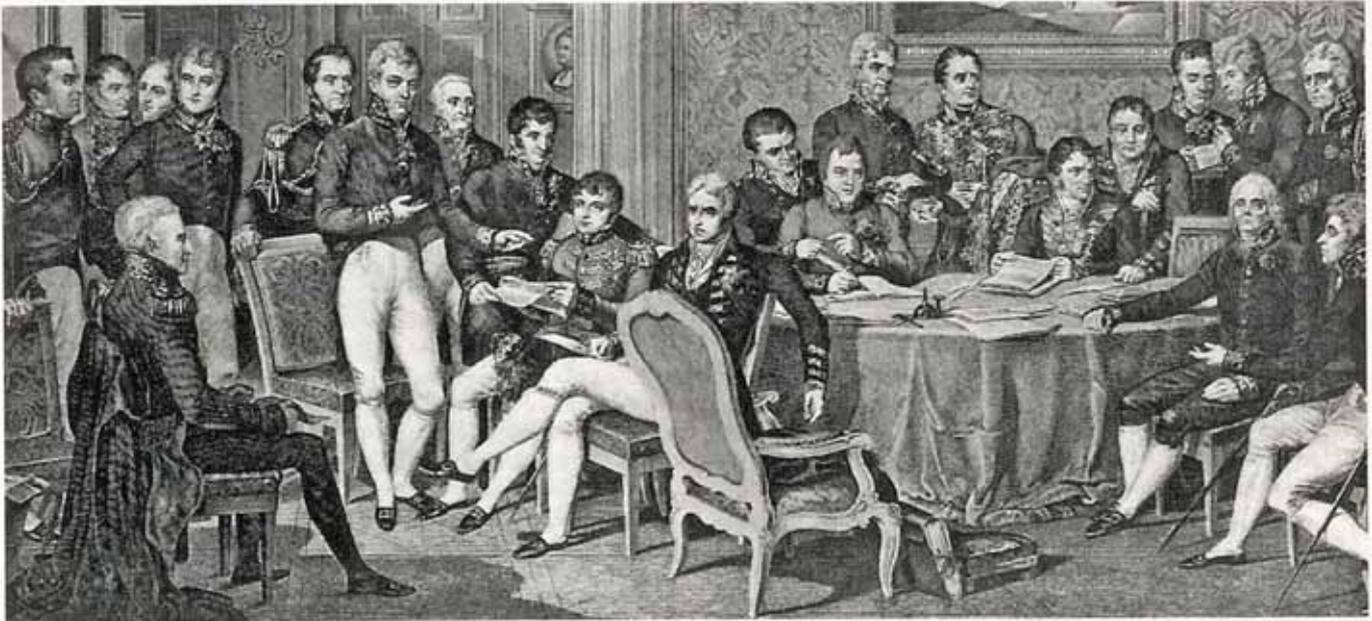
Die ZWEITE TEILUNG POLENS 1793, also nur zwei Jahre zuvor, hatte die widerständischen Kräfte des Königreichs Polen mobilisiert. Nicht nur der Adel und die Geistlichkeit wehrten sich gegen die beiden Besatzungsmächte Preußen und Russland. Auch die bürgerlich-intellektuellen Kräfte sowie die bäuerlich-sozialrevolutionäre Bevölkerung schlossen sich dem Widerstand an. Innerhalb weniger Monate zog die anti-russische Opposition weite Teile der Bevölkerung auf ihre Seite. An die Spitze dieser Gegenbewegung setzte sich TADEUSZ KOŚCIUSZKO, der bereits im Amerikanischen Unabhängigkeitskrieg gekämpft hatte und 1794 nach Krakau zurückkehrte. Im selben Jahr noch gipfelte der Widerstand in dem nach ihm benannten KOŚCIUSZKO-AUFSTAND.



Der „Kuchen der Könige“; Kupferstich 1793 auf die erste Teilung Polens 1772. Von links nach rechts: Zarin Katharina II. von Russland; Kaiser Joseph II. von Österreich; Stanislaus II. August von Polen; König Friedrich II. von Preußen.

Monatelang dauerten die Auseinandersetzungen zwischen den Aufständischen und den Teilungsmächten. Immer wieder konnten die Widerstandskräfte Erfolge verbuchen. Letztendlich siegten jedoch die Truppen der Besatzer und am 10. Oktober 1794 nahmen russische Truppen KOŚCIUSZKO schwer verwundet gefangen. Mit dieser Niederlage hatten die Aufständischen in den Augen der aggressiven Nachbarmächte eine weitere Existenzberechtigung eines polnischen Staates verspielt.

Nun strebte Russland danach, den Reststaat aufzuteilen und aufzulösen. Es suchte zu diesem Zweck zuerst die Verständigung mit Österreich, das an der Zweiten Teilung nicht unmittelbar beteiligt gewesen war.



1793 wird Polen zum zweiten, 1795 zum dritten Mal geteilt. Der Wiener Kongress 1815: Stehend Fürst Metternich

War Preußen bisher die treibende Kraft, musste es jetzt seine Ansprüche taktisch zurückstellen, da sowohl Petersburg als auch Wien der Auffassung waren, dass Preußen bisher am meisten von den beiden vorhergehenden Teilungen profitiert hatte. Am 3. Januar 1795 unterzeichneten die russische ZARIN KATHARINA II. und der HABSBURGER KAISER FRANZ II. den Teilungsvertrag, dem sich PREUSSEN am 24. Oktober anschloss. Die drei Staaten teilen das restliche Polen entlang der Flüsse Memel, Bug und Pilica unter sich auf. Russland rückte weiter nach Westen vor und besetzte sämtliche Gebiete östlich von Bug und Memel sowie ganz Kurland und Litauen. Der habsburgische Machtbereich weitete sich nach Norden hin um die wichtigen Städte Lublin, Radom, Sandomierz und insbesondere Krakau aus. Preußen erhielt die restlichen Gebiete westlich von Bug und Memel mit Warschau. Sie wurden Teil der neuen Provinz Neustpreußen, sowie des nördlich von Krakau gelegenen Neuschlesien.

Nachdem KÖNIG STANISŁAW AUGUST am 25. November 1795 abgedankt hatte, erklärten die Teilungsmächte das Königreich Polen zwei Jahre nach der DRITTEN UND LETZTEN TEILUNG POLENS FÜR ERLOSCHEN.

Die geistesgeschichtliche Situation

Das gesamte 18. Jahrhundert war vom geistesgeschichtlichen Standpunkt aus betrachtet sowohl in Frankreich als in Deutschland die ideenmäßige Vorbereitung der Revolution. Also des Übergangs der politischen Macht von den aus dem Mittelalter tradierten aristokratischen Eliten der vornehmen Geburt und Herkunft auf jene gesellschaftlichen Kräfte, die ihren Führungsanspruch aus dem bürgerlichen Besitz herleiteten.

Der von den Aufklärern geprägte individualistische Freiheitsbegriff, der zum zentralen Leitwort der Revolution wurde, entsprach voll den Bedürfnissen des entstehenden dynamischen kapitalistischen Leistungs- und Wettbewerbssystem.

Der Erfolg der Französischen Revolution bedeutete für die deutsche Aufklärung nicht nur eine geistige, sondern auch eine gewaltige politische Herausforderung. Beim „STURM AUF DIE BASTILLE“ AM 14. JULI 1789 IN PARIS betreten die Volksmassen zum ersten Mal die politische Kampfarena und stürmten dieses Gefängnis als dem Symbol der unumschränkten Herrschergewalt. Kurz drauf proklamierte die französische VERFASSUNGSGEBENDE VERSAMMLUNG die unveräußerlichen MENSCHENRECHTE.

Deren Artikel 1 lautet:

„Der Mensch wird frei und gleich an Rechten geboren und bleibt es.“ Artikel 2: „Das Ziel aller politischen Gesellschaften ist die Erhaltung der natürlichen und unveräußerlichen Rechte des Menschen. Diese Rechte sind die Freiheit, das Eigentum, die Sicherheit und das Recht des Widerstands gegen willkürliche Bedrückung.“

Die Parole von der Gleichberechtigung aller Menschen ohne Unterschied der sozialen Herkunft und des religiösen Bekenntnisses entzog der traditionellen ständisch-hierarchischen Ordnung und den damit verbundenen Privilegien die geistige Grundlage. Sie verkündete den Anbruch der modernen bürgerlichen Gesellschaft mit Wettbewerb, Leistung und Konkurrenz.

Angesichts der von der Revolution geforderten Verwirklichung des Freiheits- und Gleichheitsanspruchs aller Menschen, konnte kein Zeitgenosse ein objektiver, gar unparteiischer Beobachter bleiben. Die geistigen Wortführer Deutschlands mussten sich mit diesen eminent politischen Problemen auseinandersetzen: Die Rechtmäßigkeit des Widerstandes gegen die Obrigkeit, die Notwendigkeit und praktische Nutzenanwendung der Revolution und – vor allem – die Nachahmung des französischen Beispiels. Die frohe Botschaft, dass das Nachbarvolk die Ideen der Aufklärung verwirklicht und an die Stelle von Absolutismus und Adelherrschaft die Prinzipien der Volkssouveränität gesetzt hatte, erfüllte sie mit Hoffnung auf politische Änderungen im eigenen Lande. Nur, woher sollten diese Veränderungen kommen? Wer sollte sie herbeiführen?

Unter den vielen Wissenschaftlern, Künstlern, Schriftstellern und Journalisten, die im deutschsprachigen Raum publizierten, gab es drei Reaktionsmöglichkeiten auf die revolutionäre Herausforderung.

Diese politisch-geistigen Strömungen waren:

Die gegenrevolutionäre und konservative, die die Beibehaltung des politischen Status quo wünschte.

Die liberale, die Reformen von oben postulierte und eine konstitutionelle Monarchie anstrebte.

Die radikal demokratisch-jakobinische, die zum aktiven Handeln und zum Bündnis mit den Volksmassen aufrief, um die Privilegienordnung zu stürzen und einen bürgerlichen Rechts- und Verfassungsstaat zu errichten, in dem ein von

allen Staatsbürgern gewähltes Parlament die höchste Entscheidungsbefugnis besitzen sollte.

Zu den liberalen konstitutionellen Monarchisten zählte IMMANUEL KANT und eine ganz stattliche Reihe von Koryphäen des einflussreichen „Weimarer Musenhofes“. Diesen „WEIMARER MUSENHOF“ versammelte um sich die HERZOGINMUTTER ANNA AMALIA VON SACHSEN-WEIMAR-EISENACH seit der Regierungsübernahme durch ihren Sohn KARL AUGUST VON SACHSEN-WEIMAR-EISENACH (1757–1828) im Jahre 1775. Der Kreis setzte sich aus Adligen wie Bürgerlichen, aus Hofleuten, Staatsdienern, Schriftstellern, Künstlern und Wissenschaftlern zusammen. So eine Mischung mag uns heute ganz gruselig vorkommen. So ungewöhnlich aber war sie damals nicht; denken wir nur an den Vater der Sozialdemokratie FERDINAND LASSALLE, der lebenslang mit der GRÄFIN HATZFELDT liiert war.

Bei der Gestaltung einer gepflegten und geistreichen Geselligkeit stand der Herzogin der Dichter und Philosoph Christoph Martin WIELAND, zur Seite. Weitere Mitglieder oder Gäste des Kreises waren GOETHE, der Philosoph und Theologe Johann GOTTFRIED HERDER, Generalsuperintendent in Weimar, die Hofdamen Luise von Göchhausen und Freiin Henriette Wolfskeel von Reichenberg, die Kammerherren Friedrich Hildebrand von Einsiedel und Karl Siegmund von Seckendorff.

Diese künstlerisch bedeutsamste Strömung des deutschen Geisteslebens erblickte ihr politisches Ideal in einem Staat, in dem sich der konstitutionelle Monarch auf das Bürgertum stützen und auf seine traditionellen Bündnispartner, den Adel und den Klerus, verzichten sollte. Die liberalen Dichter und Denker reflektierten die Ideen und Hoffnungen der Französischen Revolution auf höchstem geistigen Niveau und erhoben sie ins All-gemeingültige und Zeitlose; sie zeichneten ein optimistisches Menschenbild, betonten den Prozesscharakter der Geschichte, den Aufstieg von Niedrigerem zu Höherem, und sprachen dem Schönheitsideal die Funktion eines sittlichen Korrektivs zu.

Sie verehrten die „edle Einfalt und stille Größe“ der griechischen Antike – JOHANN JOACHIM WINCKELMANN (1717 bis 1768) –, der, wie sie meinten, ein unübertreffliches Gleichmaß von Mensch, Natur und Gesellschaft eigen war, und wollten durch Kunst und Erziehung das Humanitätsideal befördern, um die Bildung einer bürgerlichen Kultur zu erreichen. Denn die Zersplitterung Deutschlands verhinderte die politische Einheit.

Dieses Weltbürgertum der Klassik kommt in vielen Xenien GOETHES und SCHILLERS zum Ausdruck; eine davon lautet:

„Zur Nation euch zu bilden, ihr hofft es, Deutsche, vergebens;
Bildet, ihr könnt es, dafür freier zu Menschen euch aus!“

Die Theorie der liberalen konstitutionellen Monarchisten ist auch heute bedeutsam zu lesen, weil sie in späteren Jahrzehnten in zahlreichen Abwandlungen die Diskussion innerhalb der sich bildenden Sozialdemokratie im 19. Jahrhundert mit bestimmen und dauerhaft polarisieren wird. Ein Beispiel ist FERDINAND LASSALLE (1825-1864) in seiner Schrift „Fichtes politisches Vermächtnis“ von 1860. Lassalle hat, so wie er sich verstand, als Nachfahre FICHTES im deutschen Volk die Menschheitsnation gesehen, der der Durchbruch zum Sozialismus gelinge. In der Schrift „Der italienische Krieg und die Aufgabe Preußens“ ruft LASSALLE Preußen zu einer nationalen Politik auf: Wenn im Süden die europäische Landkarte nach dem Nationalitätenprinzip revidiert und Italien befreit werde, dann sollte Preußen nicht Österreich beistehen, sondern selbst im Norden die Landkarte revidieren und Schleswig-Holstein von Dänemark befreien. Er bot Bismarck sogar die Unterstützung und Zustimmung des „ALLGEMEINEN DEUTSCHEN ARBEITERVEREINS“ (ADAV) an. Gleichzeitig hat FERDINAND LASSALLE, diese politisch schillernde Figur, die deutsche Einigung durch einen Fürsten nicht als „Herstellung Deutschlands“ aufgefasst, sondern als Preu-

ßifizierung, Verbayerung oder Verösterreicherung. Zu glauben, dass sich die deutsche Einheit auf reaktionärem Boden errichten lassen, bezeichnete er als die „lächerlichste barockste Idee von allen“. Nach dem historischen Versagen des deutschen Bürgertums im Jahre 1848 hielt er allein die Arbeitsbewegung für berufen, die deutsche Einheit herzustellen. Es sei hier aber nicht vergessen zu erwähnen, dass Karl Marx und Friedrich Engels ihn auch mal spöttisch „königlich-preußischer Sozialist“ nannten.

Was ist der Staat? Wer hat ihn sich ausgedacht?

Die STAATSTHEORETISCHEN GRUNDSÄTZE des deutschen Frühliberalismus finden sich am prägnantesten in den moral- und rechtsphilosophischen Abhandlungen KANTS. Aber auch IMMANUEL KANT steht auf den Schultern großer Vorgänger. Sie haben sich in vielen Jahrhunderten herausgebildet.

Es gibt eine starke Tradition kirchlicher Theologie von AURELIUS AUGUSTINUS (354–430) bis MARTIN LUTHER (1483–1546): Für diese Theologie ist der Staat eine Folge des Sündenfalles der Menschheit. Die weltliche Herrschaft hat das Schwert, sie ist dazu da, um „zur Bestrafung der Bösen und zum Schutz der Rechtschaffenen gehandhabt werden“ und dem „Chaos zu wehren“.

Daher gibt es nach Luther „zwei Reiche“: Im Reich zur Rechten Gottes herrscht Christus durch Wort und Sakrament. Hier gilt das Gebot Christi im Sinne der »sonderlichen Sprüche« der Bergpredigt nach Matthäus 5, hier besteht Gleichheit zwischen allen Gliedern, wird Gnade und Vergebung geübt und tut der Christ Gutes in freier Spontaneität. Gott bzw. Christus regieren in ihm durch keinerlei Gesetz, sondern lediglich durch das Evangelium als Botschaft von der Gnade, die die Sünde vergibt. Im Reich zur Linken Gottes herrscht dagegen nicht Christus, sondern der Kaiser, und zwar mit dem Schwert (»vi, non verbo«, d.h. „Mit Gewalt und nicht mit dem Wort“), da wird gestraft und es gilt keine Ordnung der Gnade, sondern nur die Ordnung der Gerechtigkeit. Ungleichheit herrscht, als einer dem anderen gebieten bzw. gehorchen muss. Das irdische Reich ist aber keineswegs nur des Teufels, denn es dient dem geistlichen Reich, weil es den Frieden fördert und die Verkündigung des Evangeliums ermöglicht.

Dagegen lehrt THOMAS VON AQUIN (1225–1274): Der Staat entspricht einem natürlichen Bedürfnis des Menschen, unabhängig vom Sündenfall. Sowohl im Paradies wie auch im nachparadiesischen Zeitalter können Menschen ihrem Wesen nach nicht ohne Staat existieren. Der Einfluss von ARISTOTELES (384 bis 322 v.u.Z.) ist spürbar. So wie es sowohl im paradiesischen Zustand wie auch im Zustand der Erbsünde einen Staat gibt, ist gemäß THOMAS VON AQUIN beiden Zuständen auch Herrschaft eigen. „Herr“ in diesem Sinn ist derjenige, welcher das Amt innehat, freie Menschen zu leiten. Während also im erstgenannten Sinne bei Augustin und Luther Herrschaftsmacht im Zustand der Unschuld ausgeschlossen ist, kann sie nach THOMAS sehr wohl in diesem Ur-Zustand, also vor dem Sündenfall von Adam und Eva, bestehen. Die Ausübung der Herrschaftsgewalt besteht dann darin, dass die Herrschaftsgewalt über andere freie Menschen darauf ausgerichtet ist, das Wohl der Untergebenen bzw. das Gemeinwohl zu verwirklichen. Der Staat ist notwendig, weil der Mensch naturhaft ein Gemeinschaftswesen ist.

Diese Richtung der Theologie des Mittelalters hat, anders als beispielsweise die Traditionslinie AUGUSTIN zu LUTHER, die spätere säkulare Staatstheorie im Kern vorbereitet.

Zürcher Parlament und Bundestheologie

HULDRYCH ZWINGLI (1484–1531) und JEAN CALVIN (1509–1564) haben die erste wichtige Wende hin zur Entwicklung der Volks-

souveränität eingeleitet. Die Reformatoren Zwingli und Calvin übernahmen zunächst die lutherische Lehre von den „zwei Reichen“. Sie heben aber die biblische Bedeutung des Bundes, den Gott mit dem Volke Israel (vgl. Exodus 19 bis 24) geschlossen hat, hervor und korrigieren so die altkirchliche Auslegung. Aus dem „König von Gottes Gnaden“ und dem „Papst von Gottes Gnaden“ wird bei ihnen das „Volk der Gläubigen von Gottes Gnaden“. Sie setzen sich damit schroff in Gegensatz zu LUTHER. Weltliche und geistliche Obrigkeit finden nach dieser neu ausgelegten biblischen Geschichte ihre Rechtfertigung und ihren Ursprung im Bund Gottes mit dem Volk der Gläubigen. Nicht mehr der Herrscher leitet sein Recht direkt von Gott ab, es ist das Volk, welches seine Souveränität über Recht und Unrecht aus dem Bund mit Gott herleitet. Institutionell wurde dies erstmals im Zürcher Parlament von Zwingli verwirklicht.

JOHANNES ALTHUSIUS

Der Staatsphilosoph JOHANNES ALTHUSIUS (1563 – 1638) hat diese theologische Sicht der weltlichen und geistlichen Obrigkeit in seine Staatsphilosophie umgesetzt. ALTHUSIUS entwickelte mit einem calvinistisch, föderal-theologisch beeinflussten und geprägten Staats- und Naturrechtsverständnis die erste normative und systematische Staatstheorie der ständischen Monarchie in der frühen Neuzeit. Der Staatsrechtler, der mit seinem Hauptwerk, der „Politica“, als bedeutendster politischer Theoretiker des Calvinismus gilt, wird als der größte Föderalismus-Theoretiker des 16. und 17. Jahrhunderts angesehen.

THOMAS HOBBS

THOMAS HOBBS (1588–1679) hat die theoretische Grundlage für die Rechtfertigung von Staat und Herrschaft geschaffen, die den transzendentalen Gott gänzlich aus dem Recht und damit auch aus dem Staatsrecht verbannt. Nach der Abschaffung der englischen Monarchie im Jahre 1649 durch das „Long Parliament“ und noch vor der Einsetzung eines Lord Protektors durch das Rumpfparlament von 1653 durch OLIVER CROMWELL (1599 – 1658) entstand im Jahre 1651 sein Hauptwerk „LEVIATHAN“. „So liegen also in der menschlichen Natur drei hauptsächliche Konfliktursachen: Erstens Konkurrenz, zweitens Misstrauen, drittens Ruhmsucht. Die erste führt zu Übergriffen der Menschen des Gewinnes, die zweite der Sicherheit und die dritte des Ansehens wegen. Die ersten wenden Gewalt an, um sich zum Herrn über andere Männer und deren Frauen, Kinder und Vieh zu machen, die zweiten, um dies zu verteidigen und die dritten wegen Kleinigkeiten wie ein Wort, ein Lächeln, eine verschiedene Meinung. Daraus ergibt sich klar, daß die Menschen während der Zeit, in der sie ohne eine allgemeine, sie alle im Zaum haltende Macht leben, sich in einem Zustand befinden, der Krieg genannt wird, und zwar in einem Krieg eines jeden gegen jeden“. Dieser Krieg eines Jeden gegen Jeden („bellum omnium contra omnes“) kann nur durch eine straffe, die Streitigkeiten der Menschen schlichtende und ordnende Gewalt behoben werden. Dies ist nur möglich durch einen Vertrag, durch den sich alle der Obrigkeit unterwerfen: „dies ist die Erzeugung jenes großen Leviathan oder besser, um es ehrerbietiger auszudrücken, jenes sterblichen Gottes, dem wir unter dem unsterblichen Gott unseren Frieden und Schutz verdanken“. Friede ist das oberste Prinzip des Staates. „LEVIATHAN“, der Stellvertreter dieses Staates, besitzt das Gewaltmonopol. Er hat es zu nutzen zur territorialen Friedensstiftung. Denn Frieden ist das oberste Prinzip des Staates. Worauf Hobbes keine Antwort gibt, war die Frage, wie der unablässige Kriegszustand zwischen den einzelnen Staates aufzulösen sei. HOBBS legitimiert letztlich das Recht der Untertanen, den Herrscher auszuwechseln, wenn dieser nicht mehr in der Lage ist, die Untertanen zu schützen.

Mit seiner Lehre von einem fiktiven Vertrag, den eine Gesellschaft schließt, hat HOBBS die Souveränität und damit

den letzten Geltungsgrund von Staat und Recht den Menschen und damit den Völkern der säkularen Welt übertragen und die staatliche Herrschaft von ihrer rechtlichen (nicht moralischen) Verantwortlichkeit gegenüber dem transzendenten Gott entbunden.

JOHN LOCKE (1632–1704)

Auch JOHN LOCKE geht in seinem Gedankengebäude von einem angenommenen Naturzustand des Menschen aus: „Da Menschen von Natur frei, gleich und unabhängig sind...“. Diese Freiheit oder Teile davon können sie nur durch den Vertrag aufgeben „zum Zweck eines behaglichen, sicheren, friedlichen Lebens miteinander und eines größeren Schutzes gegen alle, die nicht zu dieser Gemeinschaft gehören“.

Anders als bei HOBBS übertragen die Menschen in diesem Vertrag ihre Rechte nicht einem einzelnen Herrscher, sondern der Mehrheit, die jeweils über das weitere Schicksal der Gemeinschaft entscheidet. Auch werden nicht alle Rechte an die Gemeinschaft abgetreten, sondern nur diejenigen, die zur Verwirklichung des Gemeinwohls der Gemeinschaft notwendig sind. „Mit ihrem Eintritt in die Gemeinschaft verzichten nun zwar die Menschen auf die Gleichheit, Freiheit und exekutive Gewalt, die sie im Naturzustand hatten, zugunsten der Gesellschaft, die durch die Legislative soweit darüber zu verfügen hat, als das Wohl der Gesellschaft es erfordert. Da es aber von jedem mit der Absicht geschieht, sich selbst, seine Freiheit und sein Eigentum um so besser zu erhalten (denn von keinem vernünftigen Wesen kann man erwarten, dass es seine Lage mit der Absicht ändere, sie zu verschlechtern), so kann doch nie angenommen werden, dass die Gewalt der Gesellschaft oder der durch sie eingesetzten Legislative sich weiter erstreckte als auf das gemeinsame Wohl“.

Auch Locke bietet keine Lösung für zwischen staatliche Beziehungen. Den Gedanken der Staatsgründung auf die Situation der Staatenwelt insgesamt zu übertragen, würde bedeuten, dass die einzelnen Nationalstaaten in einen Weltstaaten aufgehen. Der Vertrag, der nach Locke den Naturzustand beendet, bleibt beschränkt auf den einzelnen Staat. Fürsten und Herrscher von unabhängigen Regierungen befinden sich untereinander notwendig in einem Zustand der Anarchie.

Die entscheidende Frage von THOMAS HOBBS lautet: Wie schützt man den Einzelnen vor seinem Bürgerkriegsfeind? JOHN LOCKE hat diese Frage umformuliert: Wie schützt man die Beschützten vor ihrem Beschützer?

IMMANUEL KANT

KANT steht mit seinem Rechts- und Staatsdenken in der großen Tradition der Aufklärung. Hugo Grotius, Hobbes und Rousseau üben bedeutenden Einfluss auf ihn aus.

IMMANUEL KANT spricht, wenn es um das Recht geht, von einem Vernunftbegriff. Diesen Vernunftbegriff des Rechts entwickelt er als höchsten normativen Maßstab. Das Recht mit seinen Grundinstitutionen von Eigentum, Staat und Kriminalstrafe darf nicht willkürlich gestaltet werden. Anders als bei Hobbes, der behauptet „auctoritas, non veritas facit legem“ („Die Autorität, nicht die Wahrheit schafft das Recht“), d.h. Recht entsteht durch Willkür des Machthabers und ist dem Belieben des Leviathan als absolutem Souverän freigegeben, sind bei KANT die Rechtsverhältnisse an Rechtsgrundsätze als unverzichtbarer Legitimationsgrundlage gebunden. Zugleich weist Kant jede moralisierende Haltung zurück, nach der Recht und Staat die Moral und Tugend der Bürger bessern sollen. Denn Recht bezieht sich nicht auf die innere Einstellung bzw. Gesinnung der Bürger, sondern schafft die Bedingung der äußeren Freiheit im Zusammenleben der Menschen. „Recht“ soll für KANT das Zusammenleben von Menschen, von „Personen“ möglich machen. Dabei ist auch „Person“ ein sehr spezifischer

Rechtsbegriff: Er bezeichnet jedes zurechnungsfähige Subjekt, das selbst Urheber seiner Handlungen sein kann und in diesem Sinne „frei“ ist.

Diese so entstandene Rechtsgemeinschaft ist für KANT keineswegs eine Solidargemeinschaft von Bedürftigen: Pflichten der Wohltätigkeit fallen nicht in den Aufgabenbereich des Rechts. „Die beste Regierungsform ist nicht die worinn am bequemsten zu leben ... sondern worinn dem Bürger sein Recht am meisten gesichert ist.“ Ein Staat, der auf dem Prinzip des Glücks aufgebaut ist, behandelt seine Bürger mit ihren unterschiedlichen Glücksvorstellungen als Kinder und Unmündige. „Der Souverän will das Volk nach seinen Begriffen glücklich machen und wird Despot; das Volk will sich den allgemeinen menschlichen Anspruch auf eigene Glückseligkeit nicht nehmen lassen und wird Rebell.“ So KANT in „Über den Gemeinspruch: Das mag in der Theorie richtig sein, taugt aber nicht für die Praxis“.

Zu den Bedingungen des Rechts gehört, dass nur die freie Handlung selbst, nicht die ihr zugrundeliegende Gesinnung zählt. Jeder Vertrag z. B. ist solange gerecht, wie die Partner freiwillig und ohne Betrug handeln. Ob sie aus moralischen Gründen ehrlich sind, oder aus Angst, bestraft zu werden, ist gleichgültig. Gesinnungsfragen haben keine Rechtsbedeutung. Das Recht ist seinem Vernunftbegriff nach der „Inbegriff der Bedingungen, unter denen die Willkür des einen mit der Willkür des andern nach einem allgemeinen Gesetze der Freiheit zusammen vereinigt werden kann.“ („Die Metaphysik der Sitten, Rechtslehre“ § B)

KANT verzichtet darauf zu prüfen, ob sich die Menschen im Urzustand in ständigem Kriegszustand befanden. Es ist seiner Auffassung nach in der Praxis kaum möglich, den eigentlichen Ursprung der obersten Gewalt zu erforschen: „Der Ursprung der obersten Gewalt ist für das Volk, das unter derselben steht, in praktischer Absicht unerforschlich: d.i. der Unteren soll nicht über diesen Ursprung als ein noch in Ansehung des ihr schuldigen Gehorsams zu bezweifelndes Recht ... werktätig vernünfteln ...“ Ob ursprünglich ein wirklicher Vertrag der Unterwerfung als ein Faktum vorhergegangen, oder ob die Gewalt vorherging und das Gesetz nur hintennach gekommen sei „... das sind für das Volk, das nun schon unter dem bürgerlichen Gesetze steht, ganz zweckleere und doch den Staat mit Gefahr bedrohende Vernünfteln...“ (Kant, „Metaphysik“, § 49)

Für KANT ist entscheidend, dass es wegen der gegensätzlichen Interessen der Menschen zu Streitfällen kommen kann. Es besteht ein Zustand steter Konfliktgefahr. Das macht den Staat notwendig. Daher definiert er: „Ein Staat (Civitas) ist die Vereinigung einer Menge von Menschen unter Rechtsgesetzen“ (KANT, „Metaphysik“, § 45). „In ihrer Vereinigung besteht das Heil des Staats ... ; worunter man nicht das Wohl der Staatsbürger und ihre Glückseligkeit verstehen muß; denn die kann vielleicht ... im Naturzustande, oder auch unter einer despotischen Regierung viel behaglicher und erwünschter ausfallen; sondern der Zustand der größten Übereinstimmung der Verfassung mit Rechtsprinzipien versteht, als nach welchem zu streben uns die Vernunft durch einen kategorischen Imperativ verbindlich macht.“ (KANT „Metaphysik“ § 49).

Die Schrift „Zum ewigen Frieden“

Dieser innerstaatliche Rechtszustand soll nun – das ist das Thema der Schrift „Zum ewigen Frieden“ von 1795 – in einem umfassenden Rechtszustand münden. Der führt, wie die Bürger im Inneren eines Staates, die Staaten der Welt zusammen und schafft auf diese Weise den Krieg zwischen Staaten endgültig ab: „Es soll kein Krieg sein“, es drohe sonst, schreibt KANT, die Gefahr eines „Ausrottungskrieges“, der den ewigen Frieden „nur auf dem großen Kirchhofe der Menschengattung“ stattfinden ließe, sollte die Herstellung öffentlich-rechtlicher Zustände

zwischen den Staaten scheitern.

Dem ersten Anschein nach ist die Schrift „Zum ewigen Frieden“ in seiner Form der Argumentation eigentlich nur ein Entwurf zu einem Vertragswerk, das den globalen zwischenstaatlichen Naturzustand aufheben soll. Als philosophischer Text aber erbringt „Zum ewigen Frieden“ den für uns auch heute bemerkenswerten Nachweis, dass der Friede als höchstes Ziel aller Politik nur über die Realisierung des Rechts zu erreichen ist. Frieden, das ist ein Rechtszustand. Es geht KANT hier nicht um Pazifismus. KANT ist der Auffassung, dass von einem bestimmten entwickelten Grad der Zivilisation an der bewaffnete Konflikt nicht zur Durchsetzung politischer oder ökonomischer Interessen taugt, sondern irrational hohe Kosten verursacht. Seine Hoffnung ist nicht die Vervollkommnung des Menschen. Er baut auf die vernünftige Erkenntnis, dass Krieg ein Widerspruch zwischen eigenen individuellen Zielen der modernen Staatsbürger, also ihrem eigenen Streben nach Wohlstand einerseits und der Vermeidung körperlicher und materieller Schäden andererseits ist. Weil die Bürger wissen, dass sie im Fall eines Krieges selber kämpfen und ihr Leben aufs Spiel setzen müssen, so argumentiert KANT, und außerdem gezwungen sind, die Kriegskosten mit ihrem Privatvermögen zu finanzieren, hält sich ihr Bedarf, einen Krieg zu beginnen, in Grenzen. Dies vermindere zumindest die Wahrscheinlichkeit eines Krieges. Frieden ist daher, wie er in seiner Schrift eingangs bemerkt, kein „süßer Traum“ und daher eine „leere Idee“. Frieden muss „gestiftet“ werden durch praktisches aktives Handeln, er muss rechtlich ausgehandelt werden. KANT fordert die Verrechtlichung der internationalen Beziehungen zwischen Staaten.

KANTS Weg zum Frieden ist zuallererst ein Rechtsweg, der sich nicht auf Moral und auf das Gute im Menschen stützt, sondern vornehmlich auf die Verwirklichung und Einhaltung bestimmter Rechtsgrundsätze.

KANT besteht darauf, dass sich die Menschen nicht einer beliebigen Staatsordnung unterwerfen. Eine despotische Verfassung gefährdet die Rechtssicherheit, weil sie das Recht der Willkür des jeweiligen Machthabers unterstellt. Die Verfassung solle daher in jedem Staat „republikanisch“ sein. Eine republikanische Verfassung basiert nach KANT auf der Freiheit der Bürger, einer allgemeinverbindlichen Gesetzgebung, der Gleichheit der Bürger vor dem Gesetz, der Gewaltenteilung und der Repräsentation durch Verfassungsorgane.

Das Rechtsverhältnis der Staaten untereinander

Allerdings unterscheidet sich dieser so beschriebene Zustand eines innerstaatlichen Rechtszustandes grundlegend von dem angestrebten Rechtsverhältnis der Staaten untereinander. Die Staaten sind in dem Modell, das KANT entwirft, nicht den öffentlichen Zwangsgesetzen einer übergeordneten Gewalt, wie die einzelnen Bürger, unterworfen. Sie behalten ihre Souveränität. Er schreibt: Dass ein Volk sagt, „es soll unter uns kein Krieg sein, denn wir wollen uns einen Staat formieren, d.i. uns selbst eine oberste gesetzgebende, regierende und richtende Gewalt setzen, die unsere Streitigkeiten friedlich ausgleicht“, stellt exakt jenen Schritt dar, der zwischen souveränen Staaten nicht möglich ist, da sie untereinander „keine oberste gesetzgebende Gewalt“ anerkennen. KANT entwickelt folgerichtig die Vorstellung, dass die vorgesehene Föderation freier Staaten, die im Verkehr untereinander auf das Mittel des Krieges ein für alle Mal verzichten, die Souveränität ihrer Mitglieder unangetastet lässt. Die mit dem Ziel des andauernden Friedens assoziierten Staaten gehen gerade nicht in einer mit staatlichen Qualitäten ausgestatteten Weltrepublik auf. Wenn aber dieser Staat sagt: „Es soll kein Krieg zwischen mir und andern Staaten sein, obgleich ich keine oberste gesetzgebende Gewalt erkenne, die

mir mein und der ich ihr Recht sichere,“ ... „so ist es gar nicht zu verstehen, worauf ich dann das Vertrauen zu meinem Rechte gründen wolle, wenn es nicht das Surrogat des bürgerlichen Gesellschaftsbundes, nämlich der freie Föderalismus, ist, den die Vernunft mit dem Begriffe des Völkerrechts nothwendig verbinden muß, wenn überall etwas dabei zu denken übrig bleiben soll.“

An die Stelle der „positiven Idee einer Weltrepublik“ tritt also das „negative Surrogat eines den Krieg abwehrenden ... Bundes.“ Der würde zunächst genügen, „den Strom der rechtscheuen, feindlichen Neigung“ aufzuhalten. Die zwischen den Staaten geschlossenen Verträge begründen keine einklagbaren Rechtsansprüche der Mitglieder gegeneinander, sondern verbinden sie zu einer auf Dauer gestellten „Allianz“, zu einer „fortwährend-freien Assoziation“ bzw. einem „permanenten Staatenkongreß“. KANT vertraut letztendlich auf die moralische Selbstbindung der Regierungen. KANT verzichtet auf einen „Universalstaat“. Dieser wäre seiner Meinung nach autoritär; er will keine Weltrepublik oder einen Welteinheitsstaat als globalen Leviathan.

KANT spricht sich für einen Föderalismus souveräner Staaten ohne Zwang aus, dessen Mitglieder sich verpflichten, auf das Instrument des Krieges zur Durchsetzung der eigenen Interessen zu verzichten. Es gibt zwischen den Staaten kein Zwangsrecht. Der Krieg als Mittel zur Erlangung des Weltfriedens ist ausgeschlossen. Im Gegensatz zum klassischen Völkerrecht streitet KANT jeden möglichen Zweck zur Eröffnung eines Krieges als Rechtsgrund ab. Das gilt gerade auch für den „gerechten Krieg“ zur Wiederherstellung verletzter Rechtsverhältnisse. Der „Fö-

deralismus“ bezweckt eine weitgehende Verhinderung von Kriegen, ohne an der „beständigen Gefahr ihres Ausbruchs“ etwas ändern zu können. Für Konfliktfälle gibt es keine überstaatlichen Entscheidungsgremien, die internationale Beschlüsse durchsetzen könnten. Aber: „Für Staaten im Verhältnisse unter einander kann es nach der Vernunft keine andere Art geben, aus dem gesetzlosen Zustande, der lauter Krieg enthält, herauszukommen, als daß sie eben so wie einzelne Menschen ihre wilde (gesetzlose) Freiheit aufgeben, sich zu öffentlichen Zwangsgesetzen bequemen und so einen (freilich immer wachsenden) Völkerstaat ..., der zuletzt alle Völker der Erde befassen würde, bilden.“

Im Erfahrungshorizont seiner Zeit entwickelt Immanuel KANT mit seiner Schrift „Zum ewigen Frieden“ keinen romantisch-idealen Traum. Seine Schrift ist alles andere als naiv. Er weiß: Frieden muss „gestiftet“ werden – und zwar durch praktisches und aktives politisches Handeln!

Vortrag, gehalten auf der Sommerschule 2018 in Erfurt zum Einstieg in die gemeinsame Lektüre der Schrift von Immanuel Kant: „Zum ewigen Frieden“, 1795

Quellen:

Schiller, Gedichte. Xenien, mit Goethe zusammen verfaßt, Erstdruck in: Musenalmanach für das Jahr 1797
Immanuel Kant: „Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf“, 1795
Immanuel Kant: „Die Metaphysik der Sitten“, 1797

1911, kurz vor dem Großen Krieg: Zwei Dokumente

Ledebour-Luxemburg-Kontroverse um Abrüstungsfrage, Völkerverständigung, Vereinigte Staaten von Europa ...

Zur Einleitung

MARTIN FOCHLER, München. Die Transformation des militärisch geschlagenen deutschen Kaiserreichs in eine demokratisch verfasste Republik wurde von regionalen Massenbewegungen eingeleitet, die sich in Arbeiter-, Bauern- und – initial – Soldatenräten institutionalisierten. In Bayern entstand daraus eine neue Regierung, die von USPD, Mehrheitssozialdemokraten, Parteilosen getragen wurde und baldige Wahlen nach dem allgemeinen Wahlrecht für Männer und Frauen proklamierte. Sie ließ die Beamten, die vom geflohenen König ihres Eides entbunden worden waren, weiter wirken, die staatlichen Einrichtungen blieben weithin unverändert. In ihren Programm vom 15. November hofft die neue Regierung, dass der „Gedanke der Erfüllung entgegenreift, daß der **Völkerbund** in der gemeinsamen Arbeit der Feinde an der Überwindung der Kriegszerstörungen sich bilden müsse.“

Weiter heißt es dort:

„Ferner scheint es uns unmöglich, in einem einzelnen nationalen Gebiete der Weltwirtschaft die sozialistische Organisation durchzuführen. Wir glauben also, daß **erst nach dem Frieden, wenn der einige Völkerbund der Weltdemokratien sich gebildet hat**, durch den entscheidenden Einfluss der in neuer Macht auferstande-

nen proletarischen Internationale, in gemeinsamer Arbeit der Völker der Erde die unerläßliche Sozialisierung durchgeführt werden kann. Aber wir sind ebenso überzeugt, daß schon jetzt bei der Überführung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft, bei der Aufrichtung des heillos zerrütteten Finanz- und Steuerwesens der sozialistische Geist fruchtbar gemacht werden kann. Wir halten endlich drei große Probleme sozialer Erneuerung bereit zur schnellen Erledigung: den Großgrundbesitz, die städtische Bodenfrage, das Bildungs- und Erziehungswesen.“

In diesem Rahmen konnte die politische Fragmentierung der Massenbewegung aus kriegsmüden Soldaten, ausgehungerten Leuten aller Schichten, überstrapazierten Arbeitern und Arbeiterinnen verklammert und eine neue Regierung gebildet werden.

Die Vermutung liegt nahe, dass die politische Fragmentierung pazifistischer, demokratischer und sozialistischer Bestrebungen vor Beginn des Großen Krieges die in den verschiedenen Ländern Europas und in den Milieus ihrer Klassengesellschaften eigentlich starken Friedensbewegungen scheitern ließ.

Wie wurde dieses Gegeneinander in der Zeit vor dem Großen Krieg begründet? Wie wurde argumentiert?

Einen Zugang zu dieser Kontroverse bieten zwei Quellentexte aus dem Jahre 1911, die wir im folgenden ausführlich dokumen-

tieren, nicht nur, weil sie den Inhalt der damaligen Diskussion sehr kompakt darstellen, sondern auch, weil recht deutlich wird, dass diese Argumente bis heute weiter wirken.

Im Folgenden also:

1. Auszüge einer Reichstagsrede, des SPD-Abgeordneten Ledebour am 3. April 1911, die einen Richtungswechsel der Rüstungs- und Wirtschaftspolitik des Kaiserreichs einfordert.
2. Die Antwort Rosa Luxemburgs in der „Leipziger Volkszeitung“ vom 6. und 8. Mai 1911, die diese Initiative verwirft.

Die von Ledebour entwickelte Strategie ist, wie man heute sagen würde, mindestens der Absicht nach international und im Spektrum der öffentlichen Meinung anschlussfähig, sie zielt erkennbar auf internationale Abkommen, auf Abrüstungs-Koalitionen im Parlament und Stärkung einer militarismuskritischen öffentlichen Meinung.

Die Ablehnung hingegen, die Rosa Luxemburg in der „Leipziger Volkszeitung“ erteilt, benennt ideologische Geschlossenheit als Voraussetzung für Massenmobilisierung, Massenstreik und Kampfbereitschaft für den Übergang zum Sozialismus, was das einzige Mittel zur Verhinderung von Kriegen sei.

Die in dieser Kontroverse aufgeworfenen Probleme blieben in der Schwebe.

Wie bekannt genug ist, kam es vor 1914 weder im Deutschen Reich noch bei den Nachbarn zu einer parlamentarischen Blockade der Kriegsvorbereitungen und auch nicht zu Massenstreiks gegen die Mobilmachung.

Geschichtsbilder – wie sie etwa im krassen Fall der Losung „Wer hat uns verraten – Sozialdemokraten“ Leitbilder politischer Organisierung werden – können Jahrzehnte über die Zeit ihrer Prägung hinaus wirkungsmächtig bleiben. In unserer Diskussion sind wir zu der Meinung gekommen, dass die Fragestellung verschoben werden sollte in Richtung Ursachen des Scheiterns der Friedensbewegungen vor dem Großen Krieg.

Im Rückblick jedenfalls wird die Problematik der im hohen Ton wissenschaftlicher Geltung vorgetragenen Polemik Rosa Luxemburgs gegen „Friedensutopien“ und explizit gegen die Idee der „Vereinigten Staaten von Europa“ und gegen „praktische Projekte zur allmählichen Eindämmung des Militarismus“ deutlich.

Hier nun die beiden Dokumente.

Ledebour zur Abrüstungsfrage

Quelle: Rede des SPD-Abgeordneten Ledebour zur Generaldiskussion der 3. Lesung des Etats am 3. April 1911 (2. Teil, ohne weitere Kürzungen, Hervorhebungen wie im Original). Reichstagsprotokoll, Quelle: https://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt_k12_bsb00003332_00217.html. Wiedergabe dort als durchsuchbares PDF, aber in Frakturschrift. Zu leichterem Lesbarkeit Wiedergabe hier im modernen Schriftbild. Hervorhebungen wie im Original. Die OCR-Qualität der Internetquelle war nach unserem Eindruck gut. Wenige offensichtliche Fehler wurden berichtigt. Sollte der Text weiterverwendet werden, empfiehlt sich dennoch die Rückvergewisserung bei der o.g. Internetquelle.

Zur Orientierung sind in dem folgenden Text die Seitenangaben im Original kenntlich gemacht. Die Dokumentation setzt hier auf Seite 6138 ein, wo Ledebour auf die Abrüstungsfrage zu sprechen kommt. In unserer Diskussion hatten wir uns auch mit dem ersten Teil beschäftigt, der Fragen der ordnungsgemäßen Haushaltsführung und des Wahlrechts berührt.

Reichstag – 162. Sitzung. Montag den 3. April 1911. (S. 6138)

Nun, meine Herren, komme ich zu einem anderen Punkt, den ich noch erörtern muß, und der nach meiner Ansicht außerordentlich wichtig ist. Das ist die Abrüstungsfrage, die durch die Beschlüsse dieses Hauses und durch das Verhalten der Regierung noch in keiner Weise erledigt ist, nicht für das Deutsche Reich und nicht für die gesamte Kulturwelt.

Der Herr Reichskanzler v. Bethmann Hollweg,

(Zurufe links: Der wieder abwesend ist!)

– ich erwarte durchaus nicht, daß der Herr Reichskanzler bei der Rede eines Sozialdemokraten anwesend ist –

(Zuruf bei den Sozialdemokraten: Der Block erlaubt es ihm nicht! – Heiterkeit)

hat auf seine neuliche Rede eine Antwort bekommen, die, wenn er wirklich ein Staatsmann wäre, ihm viel schmerzlicher sein müsste als unsere entschiedene Verurteilung. Das ist die Rede, die der französische Minister Delcassé am 31. März im französischen Parlament gehalten hat. Ich habe leider heute morgen den genauen Wortlaut nicht feststellen können, ich musste mich deshalb auf das verlassen, was auf Grund eines Telegramms in der deutschen Presse mitgeteilt ist. Herr Delcassé, der gegenwärtige französische Marineminister, hat bekanntlich sein politisches Renommee in der Welt als Minister des Äußern gewonnen und hat damals sich als ein ausgesprochener Chauvinist, wenn auch vielleicht nicht absichtlich, dokumentiert – er erzielte jedenfalls diesen Eindruck in Deutschland. Er hat nun am 31. März gesagt: da die Rede des Reichskanzlers nicht für heute und morgen erwarten lasse, daß wir zu einer allgemeinen Abrüstung kommen, sei es die Pflicht Frankreichs, an die dringende Notwendigkeit der allgemeinen Verteidigung zu denken.

Damit motivierte er dann den Bau von zwei neuen Dreadnoughts. Späterhin sagte ein anderer Abgeordneter in der Kammer, Herr Delobbeau, die Gefahr sei vorhanden, daß Deutschland

in der Marinerüstung einen großen Vorsprung vor Frankreich erringe. Damit motivierte er die Abstimmung für die Kredite. Also die Rede des Herrn v. Bethmann Hollweg und die Haltung der Reichsregierung hat nicht nur dazu gewirkt, die chauvinistische Strömung in Frankreich zu stärken, hat nicht nur Wasser auf die Mühlen der Franzosen zu Wettrüstungen getrieben, sondern dem Frieden entgegengewirkt bei einer Gelegenheit, als in diesem Hause nicht bloß wir Sozialdemokraten, sondern die Mehrheit dieses Hauses den Wunsch hatte, allerdings den verschieden abgestuften Wunsch, der Friedensidee in

(S. 6139/

bezug auf die Einschränkung der Rüstungen Bahn zu brechen. Zu derselben Zeit redet Herr v. Bethmann Hollweg hier in einer Art und Weise, daß das Wettrüsten neu gesteigert werden muß. Er hat auch mit seiner Rede, wie schon einmal festgestellt worden ist, wie ein kalter Wasserstrahl eingewirkt auf die Friedensbestrebungen auch in England.

(Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Herr v. Bethmann Hollweg bedauert, daß kein praktischer Vorschlag gemacht worden sei. Es ist aber ein sehr naheliegender praktischer Vorschlag schon wiederholt in der Öffentlichkeit erörtert worden, nämlich der, daß die Staaten sich doch darüber einigen möchten, den gegenwärtigen status quo der Rüstungen zu Wasser und zu Lande zu bewahren. Sie müßten sich also gegenseitig verständigen, daß sie über die Verwendung derjenigen Geldsummen, die sie in diesem Etatsjahr für das Heer sowohl wie für die Marine aufgebracht haben, in den künftigen Jahren nicht hinausgehen.

(Zwischenruf des Abgeordneten Gothein:
Mein alter Vorschlag!)

– Das haben wir auch schon aus unsern internationalen Kon-

gessen erörtert; aber ich freue mich, daß auch verschiedene andere Parteien derartige Vorschläge gemacht haben. Das ist etwas, was sich durchführen läßt, und das hat auch nicht die Gefahr, daß man es nicht kontrollieren könnte. Es liegen ja die Etats der einzelnen Länder vor! Wenn Herr v. Bethmann Hollweg glaubt, daß die Länder sich gegenseitig das Vertrauen schenken müßten, über ihre Neubauten von Schiffen z. B. richtige Informationen auszutauschen, auch ohne eine Kontrollstation in Europa, so können sie sich auch gegenseitig das Zutrauen schenken, daß man über die Verwendung der bestimmten Geldsummen nicht hinausgeht. Mit einem solchen Abkommen würde auch die Schwierigkeit beseitigt sein, daß man sagt: ja, wie sollen wir uns denn einrichten? sollen wir Dreadnoughts bauen oder mehr Torpedos oder mehr Panzerkreuzer, oder was gerade nach Ansicht der Marineautoritäten notwendig ist? Denn da sie sich auf Grund des Abkommens innerhalb der Schranken einer Geldsumme zu halten haben, können sie innerhalb dieser Schranken die Spezialanwendung der Geldsumme ganz nach ihrem Ermessen bestimmen, ohne dadurch gegen die Abmachungen zu verstoßen.

Dieser praktische Weg ist wiederholt erörtert worden. Herr v. Bethmann Hollweg ist bei seinen philosophischen Studien offenbar nicht darauf gestoßen. Ihm schwebt nur die preußische Unteroffiziersidee vor, daß man eine Rangstellung der Staaten feststellen müßte.

(Zuruf links: Wie beim preußischen Wahlgesetz!)

– Gewiß, wie bei der Klasseneinteilung des preußischen Wahlgesetzes oder wie bei den Geheimräten: da gibt es Geheime Rechnungsräte, Geheime Regierungsräte, Geheime Räte und Wirkliche Geheime Räte. So wird es denn nach dem Bethmannschen Schema künftig Mächte, Großmächte und Wirkliche Geheime Großmächte mit dem Titel Exzellenz geben müssen.

(Heiterkeit.)

Aber mit dieser Rangordnung brauchen wir uns nicht weiter zu befassen. Diese einzig geniale Idee des Herrn v. Bethmann Hollweg, den ich nur in der verbesserten Auflage des Herrn v. Kiderlen-Waechter vor mir sehe,

(Heiterkeit)

können wir den Witzblättern überlassen. Nun geben wir uns durchaus nicht der Illusion hin, daß durch solche formalen Rüstungsabmachungen, durch Schiedsgerichtsverträge oder durch schöne Reden leitender oder nicht leitender Minister die Kriegsgefahr völlig aus der Welt geschafft werden könnte. Uns ist es vollkommen bewußt, daß innerhalb eines jeden Staats wirtschaftliche

/6193 Spalte 2/

Kräfte und Bestrebungen, kapitalistische Gelüste am Werke sind, die unter der Hand und offen auf Kriegstreibereien, auf Rüstungen hinarbeiten, und daß diese Kriegstreibereien und Rüstungen auch dann noch sich Geltung verschaffen können, wenn es zu Abmachungen wegen der Rüstungsbeschränkung gekommen ist.

Auf eins möchte ich dabei hinweisen. Eine der Gefahren, die von den Interessenten der Kriegsrüstungen und von den Kriegstreibern immer geltend gemacht werden, ist die, daß in einem Kriegsfall die Handelsschifffahrt des einen kriegführenden Landes oder beider Länder ruiniert werden könnte. Um dieser Gefahr zu begegnen und diese Ausrede aus der Welt zu schaffen, haben wir ja unseren Vorschlag auf Beseitigung des Seebeuterechts gemacht, der sogar die Zustimmung des Herrn Abgeordneten Bassermann gefunden hat. Wird das Seebeuterecht abgeschafft, wozu die deutsche Reichsregierung bekanntlich früher Neigung verspürt hat, während nur die englische Regierung Widerstand leistete, so würde dieser Vorwand für die Marinerüstungen vollständig aus der Welt geschafft sein. Wir haben, wie schon vor drei Jahren, so auch heute diese Bestimmung in unserer Resolution niedergelegt, um der deutschen

Reichsregierung die Initiative zu Verhandlungen zu erleichtern. Trotzdem zuckt Herr v. Bethmann Hollweg mit den Achseln und, was das Traurige ist: die Herren Freisinnigen zucken ihm nach, wenigstens der Herr Abgeordnete Eickhoff, der neulich in einer Rede — wenn in der liberalen Presse ein richtiger Bericht darüber gegeben ist — gesagt hat, er wäre vollkommen zufrieden mit der Rede des Herrn v. Bethmann Hollweg. Das ist bei einem Vorkämpfer der Friedensbewegung eine Bescheidenheit, die seine eigenen Friedensbestrebungen in der kläglichsten Weise zum Scheitern bringt. Wenn man so bescheiden ist, erreicht man im Staatsleben nichts.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Von dem Geiste dieser Bescheidenheit ist ja auch der Antrag getragen, den die Freisinnigen eingebracht haben, worin die Regierung aufgefordert werden soll, ihrerseits die Initiative zu ergreifen.

(Abgeordneter Gothein: Denken Sie sich doch eine Bethmannsche Initiative! — Heiterkeit.)

– Ja, meine Herren, Sie haben vollkommen recht, aber Sie wissen, Herr v. Bethmann Hollweg ist keine immerwährende Einrichtung; das ist nur eine dürre Verlegenheitsunzulänglichkeit in der gegenwärtigen Situation.

(Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Sie machen doch Ihre Politik nicht bloß im Hinblick auf die schönen Augen des Herrn v. Bethmann Hollweg, sondern hofentlich doch im Interesse des deutschen Volkes. Also kommen Sie doch nicht mit solchen Einwüfen, Herr Gothein, die ich von Ihnen am allerwenigsten erwartet hätte! Damit komme ich auf einen Punkt, der mir von sehr großer Wichtigkeit erscheint, und den der Herr Graf v. Kanitz in jener Debatte angeschnitten hat, wenn er leider auch nicht die richtigen Konsequenzen aus den Tatsachen gezogen hat, die er mitteilte. Es gibt nämlich innerhalb der kapitalistischen Entwicklung bewegende Kräfte, die selbst den kapitalkräftigen Völkern und Staaten, insbesondere den europäischen und speziell Deutschland, die dringende Notwendigkeit der Rüstungseinschränkungen geradezu mit Gewalt vor Augen führen. Eine dieser Kräfte ist die Entwicklung, die gegenwärtig in den **Vereinigten Staaten von Amerika und Kanada** vor sich geht. Auch dem Abgeordneten Grafen v. Kanitz, der ein sorgfältiger Beobachter der amerikanischen Politik ist, ist das aufgefallen. Er hat hier mit einer gewissen bangen Sorge festgestellt, daß die Vereinigten Staaten von Amerika einen wirtschaftlichen Vertrag mit Kanada schließen, der, wie er sagt, erhebliche gegenseitige Meistbegünstigungen bei den

/S 6140/

Zöllen festsetzt, wie sie überhaupt noch nie vorgekommen sind. Ferner findet er in dem Austausch der Reden, die da gehalten wurden, und auch in den Vertragsbestimmungen ganz emsetzliche Dinge. Die Haare sträubten sich bei ihm, als er das vorbrachte. In der Botschaft des Präsidenten Taft heißt es:

Die Identität der Interessen von zwei Völkern, verbunden durch Rasse, Sprache, politische Institutionen und geographische Nachbarschaft, bietet die Grundlage des Vertrags.

Herr Graf v. Kanitz meint: Hier ist also die Rede von der Gleichartigkeit von zwei Völkern, und Kanada wird einfach als Republik behandelt.

(Zuruf des Abgeordneten Grafen v. Kanitz: Nun ja!)

– Nun ja, sagen Sie, Herr Abgeordneter Graf v. Kanitz, aber als diese Worte fielen, sah ich, wie eine Gänsehaut über die Gesichter der anwesenden Konservativen lief,

(Heiterkeit)

auf die das Wort „Republik“ immer einwirkt wie der rote Lappen auf landwirtschaftliche Kapazitäten. In der Botschaft heißt es weiter:

Seitdem es eine Nation geworden ist, war Kanada stets unser guter Nachbar.

Der Herr Abgeordnete Graf v. Kanitz sagt dann: Kanada ist eine Nation geworden; die Zugehörigkeit Kanadas zu England werde einfach ignoriert, wie überhaupt in diesem ganze 10 Druckseiten umfassenden Abkommen das englische Mutterland mit keinem Worte erwähnt werde. Entsetzlich, meine Herren! Das Merkwürdige an der ganzen Sache ist nur, daß sich der Herr Abgeordnete Graf v. Kanitz allein darüber erregt. In England haben diese Worte die Leute vollkommen kalt gelassen, und daß Sie sich in die Seele der sonst von Ihnen nicht geliebten Engländer nicht hineinversetzen können, liegt daran, daß Sie die englische Sprache, wenigstens den englischen Sprachgebrauch nicht richtig verstehen, zweitens daran, daß Sie den Geist der englischen Nation und ihrer Tochternationen, den Geist des Verfassungswesens Englands und seiner Tochterstaaten auch nicht begriffen haben. Sie ziehen nämlich daraus, daß Kanada eine Nation genannt wird, und aus dem Umstande, daß man von republikanischen Einrichtungen spricht, den Schluss, daß die Vereinigten Staaten offenbar noch ein viel schlimmerer Gegner Englands als Deutschlands seien, oder vielmehr als die Engländer glauben, daß es Deutschlands seien — das sollte doch wohl ironisch sein?

(Bestätigender Zuruf des Abgeordneten Grafen v. Kanitz)

Ich möchte aber ausdrücklich feststellen, daß selbstverständlich wir Sozialdemokraten keine Gegner Englands oder irgend eines anderen Volkes sind, und daß nach meiner Beobachtung in Deutschland außer einigen alldeutschen Narren, die hier im Hause sich glücklicherweise noch nicht bemerkbar gemacht haben, überhaupt keine Feinde Englands sind. Also das war nur ironisch. Aber der ernsthafte Kern der Sache war, daß Sie behauptet haben, durch diese Redewendung dokumentieren sich die Vereinigten Staaten als einen Gegner Englands. Nein, Herr Graf Kanitz! Wenn das Wort „NATION“ entsprechend unserem Ausdruck „Nation“ gebraucht wird, deckt es zunächst nicht genau den nämlichen Begriffskreis wie bei uns. Aber ich brauche mich nicht auf die philologische Seite der Sache einzulassen, ich kann Ihnen auf andere Weise den Beweis liefern, wie vollständig Sie mit Ihrem Entsetzen über diesen Ausdruck auf dem Holzweg sind.

Vor einiger Zeit hat Sir Wilfred Laurier, der kanadische Premierminister, folgendes gesagt:

Obwohl wir die Souveränität des britischen Königs anerkennen, sagen wir doch, daß die

/S. 6140, Spalte 2/

Rolle, die Kanada spielen muss, nicht die eines abhängigen Volkes ist, sondern die einer Nation.

Also der kanadische Premierminister, der unter Zustimmung des englischen Königs auf Grund der Ernennung des Statthalters die Verwaltungsgeschäfte in Kanada führt, erklärt öffentlich und feierlich: Kanada ist eine Nation, also ein politisch selbständiges Gebilde, das bekanntlich staatsrechtlich mit England nur durch das zwanglose Band einer Personaldelegation des Staatsoberhauptes zusammenhängt

(Abgeordneter Graf v. Kanitz: Aber unter der Souveränität des Königs!)

— Ja, unter der Souveränität! Sehen Sie, da kommen Sie mit Ihrem Begriff von Souveränität, Sie haben immer die Souveränitätsrechte des Zaren oder allenfalls des preußischen Monarchen im Auge. Die Souveränitätsrechte eines englischen Königs sind ganz anderer Art.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ich will gar nicht mit Ihnen über den Begriff Souveränität hier oder in England streiten. Aber was ihr Entsetzen erregt hat, hat nicht bloß ein amerikanischer Staatsmann, sondern der kanadische Premierminister ausgesprochen, und es ist dem englischen König oder dem Lordstatthalter des Dominiums rächt eingefal-

len, seine Absetzung zu verlangen. Das ist communis opinio, allgemeine Ansicht in Kanada und England. Ich will Ihnen noch eins sagen, Herr Graf Kanitz, was Sie höchstens überraschen muß: Wenn morgen das Parlament des Dominiums Kanada beschließt: wir lösen uns hiermit vom britischen Weltreich los, und es notifiziert das mit einer Fünfpfennigpostkarte,

(Heiterkeit)

dann wird man in England sagen: ja schade, aber was läßt sich dagegen machen? Sie (nach rechts) würden natürlich glauben, daß England dann sofort den Säbel wetzt und Kriegsschiffe hinschickt. Seien sie fest überzeugt, kein verantwortlicher englischer Staatsmann, ob es ein konservativer oder auch ein liberaler ist, auch kein Hochtory, würde auf den Gedanken kommen, einen Krieg gegen Kanada oder Amerika zu führen, wenn Kanada eines schönen Tages beschließt: wir schließen uns den Vereinigten Staaten vom Amerika an. Das ist im Wege, da haben Sie recht, das ist eingeleitet durch die wirtschaftliche Vereinigung, das ist unvermeidlich wie das Schicksal selbst.

Es wird innerhalb absehbarer Zeit — wir alle erleben es hoffentlich noch — dazu kommen, daß sich Kanada den Vereinigten Staaten anschließt, wenn auch vielleicht zunächst bloß wirtschaftlich; dann ist die politische Ergänzung gegeben, und dann, meine Herren — damit komme ich zu den wirtschaftlichen Schmerzen, die den Herrn Grafen Kanitz dabei durchwühlen —, dann wird die kanadisch-amerikanische Konkurrenz noch viel schlimmer für uns werden. Es bereitet sich aber gleichzeitig damit noch etwas anderes vor. Einmal würde die Einbeziehung Kanadas in die Vereinigten Staaten die freihändlerischen Bestrebungen in den Vereinigten Staaten noch mehr fördern. An sich gewinnt ein Staat bei der Angliederung eines neuen Gebiets nicht bloß durch die Bevölkerungszahl, die hinzuwächst, nicht bloß durch das Areal an Kraft, sondern wenn ein Zollgebiet über solche kolossalen Gebiete sich ausdehnt, wenn es sich dem Areal nach verdoppelt und der Bevölkerungszahl nach um 10 Millionen wächst, so erwächst daraus an sich eine größere Konkurrenzgefahr für alle kleineren Staaten mit engeren Zollschranken. Denn ein solches großes Gebilde kommt der vollständig zolllosen Weltwirtschaft, die die Zukunft uns bringen wird, näher als Deutschland oder Frankreich oder Österreich mit ihren kleinlichen engen Zollschranken. Ganz zweifellos haben Sie das auch gewittert, wie ja die Herren

/ S. 6141/

Agrarier für wirtschaftliche Entwicklungen, die ihnen un bequem sind, einen feinen Instinkt haben.

Der Zusammenschluss Kanadas und der Vereinigten Staaten von Amerika bedeuten zweifellos für die Zukunft Deutschlands eine schwerere, schlimmere Konkurrenz, als sie die Vereinigten Staaten für uns heute bilden. Innerhalb der Vereinigten Staaten vollzieht sich jetzt der wirtschaftspolitische Prozess, daß ihre ganze Hochschutzzollpraktik abgebaut wird und man allmählich, wenn auch langsam, aber sicher in eine freihändlerische Ära übergeht. Der Endprozeß wird unbedingt dann eintreten, wenn die Vereinigten Staaten von Amerika in noch weit höherem Maße ein industrieexportierendes Land geworden sind als jetzt.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Dann werden die Interessen der exportfähigen Industrien und die Interessen der Agrarier im heutigen Kanada und im Westen der Union dahin wirken, Amerika in freihändlerische Wirtschaftsbahnen zu bringen. Dann, meine Herren, wird die Zeit der größten Gefahr für die schutzzöllnerisch eingegengten europäischen Länder kommen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Sie, meine Herren, haben eine richtige Witterung gehabt; aber Ihre Schlussfolgerung ist natürlich eine törichte. Sie ziehen daraus die Schlussfolgerung: dann müssen wir unsere Schutzzölle

noch höher und unübersteiglich machen, wir müssen auf langfristige Handelsverträge verzichten. Die reinste schematische Übertreibung der Schutzzöllnererei! Eine ganz andere Schlussfolgerung müßten die deutschen Staatsleiter und auch die Parlamentarier aller Richtungen daraus ziehen, nämlich die, daß wir den wirtschaftspolitischen Prozeß, der sich in Amerika vollzieht, nachmachen, daß wir uns auf gleiche Weise stärken gegen die Konkurrenz. Wir können das erreichen, wenn wenigstens zunächst innerhalb Europas, ganz ähnlich, wie jetzt zwischen Kanada und den Vereinigten Staaten, durch Gegenseitigkeitsverträge die Zollschranken ermäßigt oder aufgehoben werden, damit wir in eine **innereuropäische Wirtschaftspolitik** eintreten würden, die schließlich Europa zu einem einheitlichen Wirtschaftsgebiet macht.

Dazu muss es kommen. Auch das ist eine Folge der Gegenwartsentwicklung, und je eher das deutsche Volk darauf aufmerksam gemacht wird, umso besser. Es muss dahin kommen, weil ein zerrissenes, mit Zollschranken durchschnittenes Europa auf die Dauer dem Auftreten eines Gemeinwesens, das den ganzen Kontinent Nordamerika umfasst, gar nicht standhalten könnte.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Es haben die Vereinigten Staaten ungefähr 93 Millionen Einwohner und Kanada 6 oder 7 Millionen, also hat das gesamte Gebiet etwa 100 Millionen Einwohner oder anderthalbmal so viel wie das Deutsche Reich. Dabei wächst die Bevölkerungszahl gewaltig durch Zuwanderung und damit die Industrialisierung. Jetzt sind noch infolge der Beschwerlichkeit der Besiedelung dort manche Hinderungsgründe für industrielle große Entwicklung vorhanden. Aber die Zeit wird kommen, wo alles das überwunden wird, und dann tritt die Gefahr für uns in Europa ein, wenn wir an der agrarischen Hochschutzzöllnererei festhalten, daß wir verkümmern, daß wir zurückgehen, daß wir auf dem Weltmarkt einfach gänzlich aus dem Felde geschlagen werden durch die amerikanische Exportindustrie; kann sie sich doch auf ein solches großes natürliches Ganzes stützen. Sie ist obendrein nicht belastet mit den furchtbaren Rüstungsausgaben, die heutigentags Deutschland, Frankreich, England und alle europäischen Staaten belasten.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Das aber ist der Grund, weshalb ich die Sache hier,

/S. 6141, Spalte 2

Ihnen folgend, Herr Graf v. Kanitz, in Zusammenhang gebracht habe mit der Abrüstungsfrage. Diese wirtschaftliche Entwicklung ist es, die uns Europäer nötigt, aus wirtschaftlichen Rücksichten unsere Rüstungen einzuschränken, damit wir in der nahen Zukunft, die uns bevorsteht, in dem bevorstehenden **industriellen Wettkampfe um den Weltmarkt** zwischen dem Kontinent Nordamerika und dem Kontinent Europa nicht vollständig ins Hintertreffen geraten.

(Sehr richtig!)

Denn da kommt ja die Zeit, daß wir etwa genau so wie die kleinen Staaten zur Zeit der griechischen Republik hoffnungslos der wirtschaftlichen, damals besonders der politischen Übermacht, jetzt der wirtschaftlichen Übermacht dieser großen Konkurrenz unterliegen. Die **Hochschutzzoll-Politik**, die Sie und auch andere Länder wie z. B. Frankreich verlangen, würde, falls Sie die logisch innerhalb Deutschlands durchführen würden, mit logischer Konsequenz zur **Zerreißung Deutschlands in verschiedene Wirtschaftsgebiete** führen. Das ist gar nicht etwa ein Gedanke, den ich hier als ein unwahrscheinliches, unwirkliches Beispiel wähle; in der preußischen Regierung sind Kräfte am Werk, die praktisch darauf hinarbeiten, den einen Teil Deutschlands gegen den anderen wirtschaftlich auszuspielen. Einer der engstirnigsten Bureaukraten, die wir in der Verwaltung haben, der Minister v. Breitenbach, hat vor eini-

gen Wochen in der Debatte das Eingeständnis geliefert, daß die preußische Regierung der **Moselkanalisation** Widerstand leistet, damit nicht die Ruhrwerke durch die Eisenwerke des Minettegebietes in Lothringen aus dem Felde geschlagen werden. Das ist die direkte Proklamierung der Politik, durch künstliche Verkehrsbeschränkungen und Erschwerungen Deutschland in Wirtschaftsgebiete zu zerreißen, in denen dann irgendwelche großen Trusts oder Syndikate ein Ausbeutemonopol für ihre Gebiete haben. Das ist die logische Konsequenz der Hochschutzzöllnererei, die Sie gegenüber anderen europäischen Staaten betreiben; daran können Sie sehen, wie verderblich dieses System ist, daß man ein Land gegen das andere ausspielt, und wie, sagen wir, minderfähig unsere heutigen Staatsleiter sind, auch die allereinfachsten Bedürfnisse des gesamten deutschen Volkes zu vertreten gegen derartige skandalöse provinzielle **Monopolbestrebungen**, wie sie sich da im Interesse des Ruhrbezirks geltend gemacht haben.

Wenn man einmal die Blicke weiter leitet auf diese nahe Zukunft hin — und das sollte doch Aufgabe der Staatsmänner sein, nicht bloß mit dem Blick an der Gegenwart haften zu bleiben —, dann würden Deutschland, Frankreich und Italien mit Österreich und eventuell auch England, wenn das die Torheit der Schutzzollbewegung durchmachen sollte, sich durch ihre innereuropäische Schutzzollschranken gegenüber der werbenden Weltgroßmacht der Vereinigten Staaten genau in dieselbe Lage begeben, als wenn heutigen Tages noch das Deutsche Reich in eine Anzahl schutzzöllnerisch untereinander abgegrenzter Staaten zersplittert wäre.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Also, meine Herren, diese wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten sind es, die uns darauf hindrängen, **europäische Wirtschaftspolitik zu treiben**, nicht bloß deutsch-agrarische Hochschutzzöllnererei. Sie sind es auch, die darauf hindrängen, daß wir die ungeheuren Rüstungslasten, die heute das ganze deutsche Volk und damit seine industrielle Entwicklung belasten, einschränken, und wenn die europäischen Staaten im Hinblick auf diese wirtschaftliche Entwicklung zunächst übereinkommen sollten, das Abkommen zu treffen, was ich vorhin als praktische Ausführung der Abrüstungsidee vorgeführt habe, dann würden wir in die Ara europäischer Politik eintreten, an der alle

/S 6142/

Nationen und Staaten mitzuarbeiten haben, um in der kommenden Weltentwicklung Europa seinen alten Platz zu sichern. Daß ich mit meinen Worten irgendeinen Erfolg haben werde auf die Herren von der Regierung — auch auf deren leitendes Haupt; oder soll ich das sächsisch aussprechen und sagen: das leidende Haupt dieser Regierung? —, das erwarte ich natürlich nicht!

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter Ledebour, ich bitte, solche Ausdrücke über den Herrn Reichskanzler zu vermeiden!

Ledebour, Abgeordneter: Dann nehme ich an — ich gebe dem Herrn Präsidenten durchaus recht —, daß der Ausdruck nicht zutreffend war, weil Herr v. Bethmann Hollweg zweifellos hoch erfreut ist über die Zustände, in denen sich Deutschland befindet, und nicht darunter leidet; soweit reicht's bei ihm in der Erkenntnis nicht, davon bin ich fest überzeugt.

Nun, meine Herren, damit komme ich dann auf die Frage, daß es, wenn die **europäischen Nationen** sich untereinander wirtschaftlich **zusammenschließen** natürlich mit der wirtschaftlichen Entwicklung allein nicht getan ist. Dieser wirtschaftliche Zusammenschluß muß ergänzt werden durch eine **vorgeschrittene Kulturpolitik** auf allen Lebensgebieten. Vor allen Dingen wird dann nicht einmal in der Theorie mehr der Grundsatz geltend gemacht werden können, den der Herr

Reichskanzler v. Bethmann Hollweg in der Donnerstagsitzung proklamiert hat, indem er sagte:

Es gilt noch immer der alte Satz, daß der Schwache eine Beute des Stärkeren wird. Will oder kann ein Volk für seine Rüstung nicht mehr so viel ausgeben, daß es sich in der Welt durchsetzen kann, dann rückt es eben in das zweite Glied. Dann sinkt es in die Rolle des Statisten zurück. Es wird immer ein anderer, ein Stärkerer da sein, der bereit ist, seinen Platz in der Welt einzunehmen.

(Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.)

— Ich höre da ein nationalliberales „Sehr richtig!“ Das war zu erwarten;

(Heiterkeit.)

Also auch Sie sind dieser Meinung, Herr Abgeordneter Everling! Sie waren es doch?

(Abgeordneter Everling: Ja, ja!)

Wenn der Herr Reichskanzler v. Bethmann Hollweg offenbar auf philosophischem Wege zu der Erkenntnis des Leitsatzes, daß noch immer der Schwache eine Beute des Stärkeren werde, gekommen ist, so sind Sie wahrscheinlich auf theologischem Wege dazu gelangt! Ein sehr interessantes Zusammentreffen dieser beiden gleichwertigen Köpfe!

(Abgeordneter Everling: Das war sehr schwach, Herr Ledebour!)

— Ja, ich habe ja nicht behauptet, daß Sie beide starke Köpfe seien!

(Zuruf des Abgeordneten Everling.)

Meine Herren, die Behauptung, es gelte noch immer der alte Satz, daß der Schwache eine Beute des Stärkeren werde, hat doch nur sehr beschränkte Gültigkeit; sie hat nicht einmal für die Tierwelt volle Gültigkeit. Sie hat nur bei gewissen isoliert lebenden Raubtieren Gültigkeit. Die Katze frißt die Maus; und — wie es in einer Kinderfabel heißt, die den beiden großen Staatsmännern wahrscheinlich durch den Kopf geschwirrt sein wird — die Taube wird gefressen vom Sperber und der Sperber vom Adler. Ganz richtig, das kommt vor; aber selbst bei den Raubtieren hört mit einem gewissen Stadium der Entwicklung der Satz, daß der Schwache immer eine Beute

/S. 6142, Spalte 2/

des Stärkeren werde, auf; selbst Raubtiere kommen schon zum Zusammenschluss, zum Altruismus, zum Gemeinsinn. Z.B. frisst in einer Rotte Wölfe der starke Wolf den schwachen Wolf nicht auf, sondern sie verbinden sich zu gemeinsamem Jagen. Und dieser Grundsatz des Zusammenschlusses, der selbst in der Tierwelt gilt, setzt sich in der Menschenwelt fort. Wir Menschen sind nämlich nicht mehr bloß Raubtiere; und nicht bloß Raubtierorganisationen sind die menschlichen Staaten, denen gegenüber der Herr Reichskanzler mit den Worten: „solange die Menschen Menschen und die Staaten Staaten sind“, seine Raubtierphilosophie proklamiert hat.

Wenn ich den Herrn Reichskanzler v. Bethmann Hollweg im Verdacht haben könnte, daß er die kapitalistische Gesellschaft in feiner Weise ironisieren wollte, so würde ich meinen, er hätte mit jenen Worten zu erkennen gegeben, daß auch seiner Ansicht nach der Kapitalismus die Raubtiernatur züchtet und Raubtierinstinkte fördert, und daß, solange der Kapitalismus besteht, die im Grunde der Menschen schlummernden Raubtierinstinkte immer sich durchsetzen werden in dem Versuche des Stärkeren, den Schwächeren aufzufressen, auch bei den Staaten. Nein, meine Herren, das ist nicht richtig; das ist nicht einmal richtig im Verhältnisse der Staaten zueinander. Denn wenn das richtig wäre, müssten wir gleich daran gehen, unsere kleinen Nachbarn aufzufressen. Deutschland tut das nicht — sehr vernünftig, daß es das nicht tut. Selbst der Raubtierphilosoph, der diese Worte gesprochen hat, würde nicht auf den Gedanken kommen, daß dies nötig wäre. Vielleicht würde er einwenden: ja, das liegt daran, daß andere Staaten da sind,

die das hindern würden! Wenn wir allein mit diesen kleinen Nachbarn in Europa zusammen wären, dann hätten wir sie also schon längst aufgefressen, dann wären Belgien, Holland, Dänemark, die Schweiz dem Deutschen Reich einverleibt; nur die verdammten Engländer und Franzosen hindern das; die möchten vielleicht infolge ihrer Raubtiernatur die Kleinen auch überschlucken.

Aber die Konkurrenz der Großmächtigen ist nicht der einzige Grund für die Sicherung der Kleinen. Nein, es bildet sich in dem wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenwirken der Staaten in Europa untereinander der Grundsatz des Gemeinsinns, der gemeinsamen Interessen, der gemeinsamen Kulturbestrebungen heraus, und diesem Gemeinsinn, der dem Raubtiergrundsatz, daß der Kleine vom Großen gefressen wird, entgegenarbeitet, — diesem Gemeinsinn arbeiten wir Sozialdemokraten vor.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn unsere Bestrebungen ihr zweifellos erreichbares Ziel auf Sozialisierung der Gesellschaft erreicht haben, wird man keinen Menschen mehr finden, der sagt: die Großen fressen immer die Kleinen auf, der Schwache ist die Beute des Stärkeren! Das wird man nur noch in Büchern finden, in verstaubten Akten, aber nicht mehr unter den lebendigen Menschen.

(Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Aber, meine Herren, wir gehen ja gar nicht so weit, zu glauben, daß diese Bethmannschen Theorien heutigen Tages selbst für die kapitalistischen Staaten noch Gültigkeit haben. Wir suchen innerhalb des Kapitalismus diejenigen Bestrebungen zu unterstützen, die auf eine Beseitigung der Raubtiereinflüsse hinzielen. Wir wollen eben jetzt schon alle die wirtschaftlichen Forderungen, die der Kapitalismus selber in der Richtung auf den Frieden herausarbeitet, stärken und darauf hinwirken, daß ein solcher Zusammenschluss der Staaten zu gemeinsamer wirtschaftlicher Kulturentwicklung heute schon in der Zeit des Kapitalismus stattfinden kann, und daß damit die Scheingründe für die unaufhörliche Kriegsrüstung beseitigt werden können. Wir erheben die Forderung, daß die

/S. 6143/

europäischen Staaten sich wirtschaftlich und politisch zusammenschließen müssen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ich bin fest überzeugt: wenn auch sicher in der Zeit des Sozialismus, so kann es doch auch schon früher dazu kommen, daß wir die **Vereinigten Staaten von Europa** erleben, wie wir heutigen Tages den Vereinigten Staaten von Amerika im Wettbewerb gegenüberstehen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wir stellen wenigstens an die kapitalistische Gesellschaft, an die kapitalistischen Staatsmänner die Forderung, daß sie im Interesse der kapitalistischen Entwicklung in Europa selbst, um Europa später in der Weltkonkurrenz nicht vollkommen unter den Schlitten kommen zu lassen, diesen Zusammenschluss Europas zu den Vereinigten Staaten von Europa vorbereiten. Das ist natürlich nach Ihrer Auffassung schon ein ebenso entsetzlicher Gedanke wie der Gedanke einer deutschen Republik; denn Vereinigte Staaten von Europa werden selbstverständlich nicht aus einzelnen monarchischen Kleinstaaten gebildet werden können. Auch das ist eine Entwicklungsnotwendigkeit.

Nun glaube ich, daß ich denjenigen Herren, die proklamiert haben, daß sie unsere republikanischen Anschauungen, die wir von je gehabt haben und notwendigerweise zu geeigneter Zeit kundgeben müssen, im Wahlkampf ausnutzen müssten, einen Gefallen erzeuge, wenn ich noch die weitere Konsequenz ziehe: wir werden auf die Vereinigten Staaten von Europa hinarbeiten. Der „Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie“ hat angekündigt, daß er dieses unser Bekenntnis zur Republik im Wahlkampfe ausschlagen würde. Bitte, meine Herren, vereinigen Sie das mit der Erklärung, daß wir den Zu-

sammenschluss der Vereinigten Staaten von Europa fordern. Dann warten Sie mal ab, was Sie bei Ihrer Agitation erreichen werden! Da wird sich das etwa folgendermaßen abspielen: Die Leute, die aufgeklärt werden wollen, werden Ihnen sagen: „Die Sozialdemokraten wollen ja die Lebensmittelzölle aufheben, die wollen das Brot verbilligen; das ist doch sehr nützlich!“ „Ja,“ sagen Sie, „aber das sind Republikaner!“ „Aber,“ werden die Leute sagen, „die Sozialdemokraten wollen die Militärlasten erleichtern.“ Dann werden Sie wieder sagen: „Aber bedenkt doch, das sind Republikaner!“ „Die Sozialdemokraten wollen das gleiche Wahlrecht für alle Landtage.“ „Aber es sind Republikaner!“ „Die Sozialdemokraten verlangen, daß die Könige, die Fürsten ebenso für ihr Einkommen Steuern bezahlen sollen wie jeder andere Mensch, sie verlangen, daß in Zeiten der Not den Königen die Zivilliste nicht erhöht werde; das ist doch alles sehr nützlich“ — sagen die Leute. Da werden Sie wieder sagen: „Ja, seht ihr nicht gerade daran, daß diese scheußlichen Kerle Republikaner sind?“

Und wenn Sie Ihre Agitation so treiben, meine Herren, was wird die Folge sein? Die Leute werden sagen: „So, also alle diese nützlichen volksfreundlichen Forderungen der Verbilligung der Lebensmittel, der Abwälzung der Militärlasten, der Gleichberechtigung aller Menschen werden betrieben von Leuten, die nicht bloß Sozialdemokraten, sondern auch Republikaner ihrer Überzeugung nach sind? Ja, dann sind wir auch Republikaner! dann her mit der Republik!“

Gerade durch Ihre Agitation gegen die republikanischen Ideen werden Sie der Ausbreitung der republikanischen Ideen Vorschub leisten. Ich will nur erklären: nicht unsere Propaganda ist es in erster Reihe, die sie fördert, — die besten Vorkämpfer für die republikanischen Ideen in Europa sind von jeher Monarchen gewesen, und die werden auf diesem Gebiete auch noch bessere Erfolge erzielen, als wir Sozialdemokraten das für uns allein erreichen können.

//S. 6143, Spalte 2/

Also, meine Herren, genießen Sie sich nicht! Was Sie auch anfangen mögen, Sie werden unserer Agitation, der Ausbreitung unserer Ideen nur Vorschub leisten!

Aber, meine Herren, wir stellen an die gegenwärtigen Regierungen auch noch die Forderung, daß sie nicht bloß den wirtschaftlichen Zusammenschluss der einzelnen europäischen und der Kulturvölker der ganzen Welt betreiben, sondern daß sie auch alle die kulturfeindliche Politik von sich abstreifen, die gegenwärtig Deutschland diskreditiert und schädigt. Wenn es zu einem Zusammenschluss der europäischen Völker und Staaten in wirtschaftlicher und politischer Beziehung kommen soll, dann ist natürlich eine der Vorbedingungen, daß die nationale Unterdrückungspolitik in allen Ländern beseitigt wird, die jetzt noch die Länder und Völker aneinander hetzt und leider gerade im Deutschen Reich in solcher kulturwidrigen und das Interesse des Reichs schädigenden Weise betrieben wird. In Deutschland stehen ja die Regierungen und steht die Mehrheit — obgleich das nicht ganz sicher ist — der Parteien auf dem Standpunkt, daß es im Interesse des deutschen Volkes liegt, alle eingesprengten Fremdstücke anderer Völker zu entnationalisieren, gewaltsam ihrer Sprache zu berauben. Deshalb haben wir die Unterdrückungspolitik gegen die Dänen, die Unterdrückungspolitik gegen die Polen und auch gegen den französischsprachigen Teil der Elsaß-Lothringer. Meine Herren, diese Politik kann niemals das erreichen, was Sie sich davon versprechen. Sie werden es nie erreichen, jene Völker zu entnationalisieren; Sie werden es nur erreichen, dass diese Völker um so zäher an ihrer Sprache festhalten, und daß sie obendrein einen unauslöschlichen Hass gegen die unterdrückende Regierung empfinden.

Es war mir nichts interessanter in der letzten Zeit als die Rede, die der Herr Abgeordnete Waida aus Oberschlesien gehalten hat. Er ist kein Politiker; wer die Rede gehört hat, der weiß: das

ist kein politischer Theoretiker, auch kein politischer Praktiker, das ist ein Mann, der gefühlsmäßig unter den Eindrücken steht, die auf ihn einströmen, der unter der sozialen Unterdrückungspolitik, unter der politischen Unterdrückungspolitik leidet. Indem er der Stimme des sozial- und nationalbedrängten oberschlesischen Volkes hier Ausdruck gab, bekannte er, daß er eigentlich doch ein ganz glühender preußischer, reichsdeutscher Patriot sei, daß er sich mit Stolz erinnere, in den Krieg gezogen zu sein, daß er seinem König unbedingte Verehrung entgegenbringe. Sehen Sie, meine Herren, das war früher, noch vor 10 Jahren, vor 20 Jahren, die Stimmung der polnischsprachigen Bevölkerung in Oberschlesien überhaupt, und diese nach ihrer Auffassung so loyale deutsch-patriotische, preußischpatriotische Bevölkerung haben Sie durch Ihre törichte Unterdrückungspolitik jetzt in das Lager der staatsrechtlichen, der nationalen Opposition getrieben!

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ich will gar nicht von den übrigen Polen reden, bei denen Sie denselben Erfolg natürlich schon früher erzielt haben. Wenn man eine Prämie aussetzen würde, es sollte eine Politik ausfindig gemacht werden, die in der Gegenwart das Deutsche Reich am schwersten schädigte, so wäre es diese nationale Unterdrückungspolitik,

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

wo Sie es doch in der Hand gehabt hätten, durch eine gerechte nationale Politik, durch Gleichberechtigung für alle fremdsprachlichen Leute in unserem Lande denselben Zustand der staatsrechtlichen Anerkennung, der Gemeinsamkeit der Interessen mit den übrigen Deutschen zu erzielen, wie ihn die Schweiz für alle ihre Nationalitäten erreicht hat, wie er sich in Österreich, allerdings unter schweren Kämpfen, jetzt durchsetzt. Aber, meine Herren, Sie können offenbar gar nicht selber den wirklich

//6144 (Ledebour.)

nationalen Gedanken durchdenken. Was Sie für nationale Politik halten, ist ja die antinationalste Politik, die es geben kann. Unter deutschnational versteht man doch, sollte man wenigstens verstehen die Förderung des Deutschtums, die kulturelle Entwicklung des Deutschtums. Aber nicht nur, daß Sie diese Entwicklung durch Ihre allgemeine Unterdrückungspolitik in Deutschland hemmen, Sie schädigen die Weiterentwicklung des Deutschtums direkt noch dadurch, daß Sie die Polen, die Dänen gegen sich aufbringen. Sie schädigen also direkt die Deutschen in Deutschland durch diese unglaublich törichte Unterdrückungspolitik.

Sie schädigen aber nicht bloß die Deutschen in Deutschland, Sie schädigen auch die Deutschen im Auslande! Das ist ja das Charakteristische: wir haben 4 1/2 Millionen fremdsprachige Leute in Deutschland; aber, wenn ich Österreich und die Schweiz gar nicht mitrechne, wo die dort ansässigen Deutschen eine maßgebende Rolle spielen, es leben ungefähr 15 Millionen deutschsprachiger Menschen in der ganzen übrigen Welt, und auf alle diese Leute hetzen Sie die Unterdrückungspolitiker in den anderen Ländern. Sie hetzen den russischen Zaren und die Echtrussen gegen die Deutschen auf, Sie hetzen die Magyaren in Ungarn gegen die Siebenbürger Sachsen, gegen die Deutschen auf! Diese Leute können sich immer darauf berufen: wir tun nichts anderes mit der Unterdrückung der deutschsprachigen Bevölkerung, als Sie es selber in Deutschland machen mit den Polen, den Dänen usw. Also im eigentlichen nationaldeutschen Sinne ist gerade die Unterdrückungspolitik aus rein praktischen Gesichtspunkten das Allerschädlichste, das Allerverderblichste, was es geben kann.

Aber, meine Herren, die Zukunft wird, wie den wirtschaftlichen Zusammenschluss der europäischen Staaten, so auch die Anerkennung der nationalen Berechtigung aller Völker bringen. Es wird in Europa nur noch freie Völker geben und

keine unterdrückten Völker. Der Gemeinsinn der Kulturvölker aller Welt, der sich hoffentlich schließlich auch in Bezug auf die sogenannte Nationalfrage durchsetzen wird, betätigt sich schon heutigen Tages gegenüber der Unterdrückungspolitik aller jener blutigen Despoten, die noch in den verschiedenen Ländern herrschen. Dieser Gemeinsinn der Kulturwelt hat sich betätigt gegenüber der Ermordung Ferrers in Spanien, die sich bekanntlich in juristische Formen kleidete. Er hat sich betätigt auch gegenüber Finnland. Jetzt schon ergehen Proteste aus allen Kulturländern dagegen, daß wider Recht und Gesetz unter einem schmachvollen Eidbruch des russischen Zaren mit seinen Handlangern den Finnländern ihr Recht geraubt wird. Es ergehen Proteste dagegen, daß dieses Kulturvolk, das sich an die Seite der Deutschen, der Skandinavier, der Engländer, Franzosen, Italiener ruhig stellen kann, von dem rückständigen Zarenregiment in der brutalsten Weise entrechtet und kulturell geschädigt wird. Auch wir erheben bei dieser Gelegenheit diesen Protest und hoffen, daß sich alle Kulturländer diesem Protest gegen die Entrechtung anschließen werden.

Meine Herren, ein solcher Urteilspruch der europäischen Kulturländer geht nicht verloren. Er muss auch geltend gemacht werden gegenüber der scheußlichen Behandlung der russischen politischen Gefangenen in den Kartogagegefängnissen, wo 100 000 unglückliche Menschen in der barbarischsten Weise von den Schergen des Zaren zu Tode gemartert werden.

Protest erhoben werden muss auch dagegen, daß in Japan, das infolge seines glücklichen Krieges kulturell vielfach überschätzt wird, durch nichtswürdig geführte Geheimprozesse unschuldige Leute auf das Schafott gebracht, und daß die Regierung den Schleier des Geheimnisses

/Spalte/

darüber gedeckt hat, weil sie nicht wagt, die wirkliche Wahrheit an die Öffentlichkeit treten zu lassen. Als im japanischen Parlament ein Abgeordneter dagegen protestierte, sagte der japanische Minister: bisher hat man in Europa noch nichts dagegen gesagt.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Meine Herren, das hole ich hiermit nach. Wir Sozialdemokraten protestieren gegen diese scheußlichen Justizmorde. Wir hoffen auch, daß wenigstens die Mehrheit der Parteien dieses Hauses, wenigstens die Herren Liberalen und auch das Zentrum sich diesem Protest anschließen werden. Auf die Konservativen mit ihren affilierten [an Kind statt angenommenen Red.] Parteien in den beiden Asylen für obdachlose Politiker, in der freikonservativen Partei und der alten Wirtschaftlichen Vereinigung, rechnen wir dabei natürlich nicht.

(Heiterkeit.)

Ein ähnlicher scheußlicher Unterdrückungsfall ist in Brasilien vorgekommen, wo man die Meuterer auf einem Kriegsschiff begnadigt und sie dann heimtückisch in ein enges Gefängnis gesperrt hat, wo sie innerhalb einer Nacht an der schlechten Luft erstickt sind. Auch gegen diese Scheußlichkeit protestieren wir. Ich möchte darauf hinweisen: das ist sogar eine kapitalistische Republik, in der das geschehen ist. Meine Herren, ich bemerke gleich dabei: wir wissen sehr wohl, daß es auch in den kapitalistischen Ländern mit republikanischer Staatsform keine Sicherheit gegen kapitalistische Ausbeutung und gegen kapitalistische Scheußlichkeiten und Unterdrückungspolitik gibt. Wenn wir uns als Republikaner bekennen, so liegt das daran, daß ohne republikanische Einrichtungen sozialistische Staatsformen und Gesellschaftsformen überhaupt gar nicht möglich sind, und daß, relativ genommen, die republikanische Staatsform selbst innerhalb der gegenwärtigen Gesellschaft immer noch besser ist als irgendeine der monarchischen Staatsformen, unter denen gegenwärtig noch die europäischen Staaten existieren.

Nun, meine Herren, alle diese Proteste, die ich hier erhoben habe gegen diese scheußliche Unterdrückung, hätten ebenso-

gut aus Ihren Reihen (zu den bürgerlichen Parteien) kommen können, wenn Sie sich wirklich der Pflicht durchgängig bewusst wären, daß Sie als Vertreter großer Kulturideale auch hier im Deutschen Reichstage aufzutreten haben. Aber das ist ja unser Schicksal, daß wir selbst diejenigen Kulturideale als Vorkämpfer innerhalb der kapitalistischen Staaten vertreten müssen, die eigentlich zu den Aufgaben auch der bürgerlichen Parteien gehören, wie ja auch die Forderung, die ich zuerst gestellt habe, des wirtschaftlichen Zusammenschlusses von Europa, um eine höhere wirtschaftliche Entwicklung der europäischen Völker und Staaten zu ermöglichen, genausogut von Ihnen hätten kommen können. Aber, meine Herren, sie kommt deshalb nicht, weil Sie tatsächlich zwischen Ihren kapitalistischen Scheuklappen sich nicht mehr unbefangen zu den großen Kulturidealen durchringen können.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Sie kommt deshalb nicht von Ihnen, weil Sie in Ihrer Auffassung über die Kulturideale, in Ihrem Eintreten für die höchsten Ziele der Menschheit gehemmt werden durch Ihre Furcht vor der Sozialdemokratie.

(Lachen rechts.)

In allen politischen großen Fragen, meine Herren, ist die Entwicklung der bürgerlichen Parteien ins Stocken gekommen, weil Sie immer sagen: wenn wir den Fortschritt fördern auf allen Gebieten, den Fortschritt der Rechte des Volkes, den Fortschritt der wirtschaftlichen Entwicklung, — schließlich kommt es den Sozialdemokraten zu gute.

(Zuruf bei den Nationalliberalen: Das Gegenteil!)

— Ja, weshalb treten Sie nicht ein für diese Forderungen?

(Zuruf bei den Nationalliberalen: Weil Sie das Falsche wollen!)

/S 6145, (Ledebour.)

Das sind die nämlichen hohen Kulturideale, die in der Jugendzeit der bürgerlichen Entwicklung auch Ihre Vorfahren befürwortet haben.

Nun, meine Herren, Sie mögen nun machen, was Sie wollen, ob Sie so oder so sich stellen, die kapitalistische Entwicklung geht ihren Weg. Sie entwickelt sich weiter zu höheren Formen, und sie erzeugt deshalb in ihrem Schoße notwendigerweise die sozialistische Entwicklung, die später die kapitalistische Entwicklung ablösen wird. Deshalb betreiben wir unsere eigene Sache, wenn wir in solchen Fragen, wie ich sie aufgerollt habe, den Fortschritt der kapitalistischen Entwicklung fördern. Wir werden gegen jeden zünftigen Rückschritt, gegen jede Einschränkung und Einschnürung der kapitalistischen Entwicklung mit künstlichen Mitteln sein, weil wir wissen, daß dadurch nicht bloß die allgemeine kapitalistische, sondern auch die allgemeine Kulturentwicklung gehemmt wird.

(Zuruf bei der Wirtschaftlichen Vereinigung: Darum gegen alles Verständige!)

— Ja, was Sie verständig nennen, Herr Abgeordneter Behrens, ist glücklicherweise längst von dem Kulturfortschritt in allen Staaten unter allen Völkern, unter allen fortgeschrittenen, selbst bürgerlichen Parteien längst überwunden.

(Heiterkeit rechts.)

Nun, meine Herren, wir werden diese Politik des Kulturfortschritts auf allen Lebensgebieten weiter treiben, und wenn Sie versuchen sollten, eine Unterdrückungspolitik zu inszenieren, anstatt den ruhigen, geordneten Fortschritt zu befördern, dann werden Sie nur wiederum das Umgekehrte erreichen: dann sprengt die Entwicklung die Bande, die Schranken, den Kerker, und Sie werden nur um so früher den Sozialismus über das System des Kapitalismus triumphieren sehen!

(Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident: Die Generaldiskussion ist geschlossen, da sich niemand weiter zum Worte gemeldet hat.

Mai 1911: Rosa Luxemburg – „Friedensutopien“

Leipziger Volkszeitung, Nr. 103 vom 6. Mai 1911 u. Nr. 104 vom 8. Mai 1911. Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke, Band 2, S. 491–504.*

I.

Leipzig, 6. Mai.

Die Agitation zu den Reichstagswahlen^[1] wird von unsrer Partei allenthalben mit Frische und Eifer begonnen. Ihre allgemeine und denkbar glücklichste Einleitung war aber die glänzende Maifeier, die sich trotz aller abmahnenden Einflüsse und lähmender Einwirkungen aus Kreisen, welche die Maifeier als einen „lahmen Klepper“ betrachten, zu einem imposanten Demonstrationsmassenstreik gestaltet hat. Hier hat sich wieder gezeigt, wie viel begeisterte Kampf Stimmung und opferfreudiger Idealismus in den Arbeitermassen lebendig sind. Um so mehr wird es zur dringenden Aufgabe der Partei, die diesjährige Reichstagswahlagitation nicht bloß zum Kampf um eine möglichst große Anzahl von Wählern und Mandaten, sondern in erster Linie zu einer Periode intensiver Aufklärung über die Grundsätze und die ganze Weltanschauung der Sozialdemokratie zu gestalten. Einer der Zentralpunkte des Wahlkampfes und der Agitation wird naturgemäß wieder die *Frage des Militarismus* sein. Und im Hinblick darauf gewinnt die Klärung unsres Standpunkts in dieser Frage, die sich an die jüngste Debatte im Reichstag geknüpft hat, dauernde und weittragende Bedeutung.

Wenn lediglich die Frage zur Diskussion stehen würde, ob unsre Reichstagsfraktion recht gehandelt hatte, einen Antrag einzubringen, der die deutsche Regierung zu Abmachungen behufs Einschränkung der Rüstungen aufforderte, so hätte der Streit sicher kein ernstes Interesse beanspruchen können. Da wir uns der parlamentarischen Tribüne als eines der wirksamsten Agitationsmittel bedienen müssen, so erscheint es als einfache Pflicht der sozialdemokratischen Abgeordneten, jede Gelegenheit auszunützen, um die Auffassung der Partei über wichtigste Erscheinungen des öffentlichen Lebens derjenigen der herrschenden Klassen entgegenzustellen. Gebunden an parlamentarische Bedingungen, muß die Fraktion naturgemäß zu der Form von Interpellationen, Anträgen und dergleichen Zuflucht nehmen. Und da ist es zweifellos sehr verdienstlich von unsrer Reichstagsfraktion, daß sie die Gelegenheit ergriffen hat, um eine großzügige Debatte über die Frage des Militarismus einzuleiten und die Vertreter der herrschenden Klassen zur offenen Sprache zu zwingen. Die Formulierung des Antrags selbst, dessen sich die sozialdemokratischen Abgeordneten hierbei bedienen, spielt an sich eine ziemlich untergeordnete Rolle. Nicht in der Antragsformel, sondern in der Begründung des Antrags, in den dabei gehaltenen Reden unsrer Fraktion kommt der Standpunkt der Partei zum Ausdruck. Soll doch der parlamentarische Antrag oft nur der Haken sein, an den unsre Agitation auf der Reichstagstribüne notgedrungen hängt wird.

Die eigentliche Frage also, die für weitere Kreise der Partei Bedeutung hat, ist die, ob unsre Partei in der von ihr herbeigeführten Debatte den grundsätzlichen Standpunkt der

Sozialdemokratie klar und konsequent vertreten, ob sie durch diese Debatte dazu beigetragen hat, in den Massen die sozialdemokratische Auffassung vom Wesen des Militarismus und der kapitalistischen Gesellschaftsordnung zu verbreiten, um auf diese Weise für den Sozialismus gute Werbearbeit zu leisten.

Die Beantwortung dieser Frage hängt ganz davon ab, welche Seite man in unsrer Stellung zum Militarismus als die wichtigste und ausschlaggebende betrachtet. Würde der Standpunkt der Sozialdemokratie sich darin erschöpfen, der Welt bei jeder Gelegenheit vorzudemonstrieren, daß unsre Partei eine unbedingte Anhängerin des Friedens und glühende Gegnerin militärischer Rüstungen ist, während die Regierung die Schuld an dem militärischen Wettrüsten trägt, dann könnten wir mit unsrer Leistung bei der jüngsten Reichstagsdebatte vollauf zufrieden sein. Allein das wäre kaum ein genügendes Resultat der großen und wichtigen Aktion. Unsre Aufgabe besteht nicht bloß darin, die Friedensliebe der Sozialdemokratie jederzeit kräftig zu demonstrieren, sondern in erster Linie darin, die Volksmassen über das Wesen des Militarismus aufzuklären und den prinzipiellen Unterschied zwischen der Stellung der Sozialdemokratie und derjenigen der bürgerlichen Friedensschwärmer scharf und klar herauszuheben. Worin besteht aber dieser Unterschied? Gewiß nicht darin allein, daß die bürgerlichen Friedensapostel auf die Einwirkung schöner Worte lauern, während wir uns auf Worte allein nicht verlassen. Unser ganzer Ausgangspunkt ist ein diametral entgegengesetzter: Die Friedensfreunde aus bürgerlichen Kreisen glauben, daß sich Weltfriede und Abrüstung im Rahmen der heutigen Gesellschaftsordnung verwirklichen lassen, wir aber, die wir auf dem Boden der materialistischen Geschichtsauffassung und des wissenschaftlichen Sozialismus stehen, sind der Überzeugung, daß der Militarismus erst mit dem kapitalistischen Klassenstaate zusammen aus der Welt geschafft werden kann. Daraus ergibt sich auch die entgegengesetzte Taktik bei der Propagierung der Friedensidee. Die bürgerlichen Friedensfreunde sind bemüht – und das ist von ihrem Standpunkte ganz logisch und erklärlich –, allerlei „praktische“ Projekte zur allmählichen Eindämmung des Militarismus zu ersinnen, sowie sie naturgemäß geneigt sind, jedes äußere scheinbare Anzeichen einer Tendenz zum Frieden für bare Münze zu nehmen, jede Äußerung der herrschenden Diplomatie nach dieser Richtung beim Wort zu fassen und zum Ausgangspunkt einer ernstesten Aktion aufzubauen. Die Sozialdemokratie kann umgekehrt hier, wie in allen Stücken der sozialen Kritik, ihren Beruf nur darin erblicken, die bürgerlichen Anläufe zur Eindämmung des Militarismus als jämmerliche Halbheiten, die Äußerungen in diesem Sinne, namentlich aus Regierungskreisen, als diplomatisches Schattenspiel zu entlarven und dem bürgerlichen Wort und Schein die rücksichtslose Analyse der kapitalistischen Wirklichkeit entgegenzustellen. Dies war z. B. das Verhalten unsrer Partei auch der Haager Konferenz^[2] gegenüber. Während sie von Opportunisten verschiedener Länder mit dem üblichen kleinbürgerlichen Optimismus als ein segensreicher Ansatz zum Weltfrieden gepriesen wurde – noch vor zwei Jahren hatte Genosse Treves im römischen Abgeordnetenhaus in einer schwungvollen Rede den Vorschlag gemacht, der Haager Konferenz zur Feier ihres zehnjährigen Jubiläums eine Ehrung darzubringen –, hat die deutsche Sozialdemokratie für die holde Schöpfung des Blutzaren und seiner europäischen Kollegen nur den verdienten Hohn als für ein dreistes Possenspiel übriggehabt. Von demselben Standpunkt kann die Aufgabe der Sozialdemokratie gegenüber Kundgebungen in der Art derjenigen der

* <https://www.marxists.org/deutsch/index.htm>

Quellenhinweis und Danksagung: Diese Textfassung findet sich auf Webseite <https://www.marxists.org/deutsch/archiv/luxemburg/1911/05/utopien.htm>. Transkription: Oliver Fleig und Sozialistische Klassiker. HTML-Markierung: Eide O'Callaghan für das Marxists' Internet Archive.

Wir haben diese Textfassung übernommen, einschließlich der Anmerkungen. Kleinere Fehler wurden korrigiert.

englischen Regierung ^[3] nur die sein, die Idee einer teilweisen *Einschränkung* militärischer Rüstungen als eine Halbheit in ihrer Aussichtslosigkeit zu beleuchten und sie auf die Spitze zu treiben, dem Volke klar auseinanderzusetzen daß der Militarismus mit der Kolonialpolitik, Zollpolitik, Weltpolitik aufs engste verknüpft ist, daß also die heutigen Staaten, wenn sie dem Wett-rüsten ernstlich und aufrichtig Einhalt gebieten wollten, damit anfangen müßten, handelspolitisch abzurüsten, koloniale Raubzüge ebenso wie die Weltpolitik der Interessensphären in allen Weltteilen aufzugeben, mit einem Wort, in der äußeren wie der inneren Politik das direkte Gegenteil von dem tun, was das Wesen der heutigen Politik eines kapitalistischen Klassenstaats ist. Damit wäre klar zum Ausdruck gebracht, was den Kern der sozialdemokratischen Auffassung bildet: daß der Militarismus in seinen beiden Formen – als Krieg wie als bewaffneter Friede – ein legitimes Kind, ein logisches Ergebnis des Kapitalismus ist, das nur mit dem Kapitalismus zusammen überwunden werden kann, daß also, wer aufrichtig den Weltfrieden und die Befreiung von der furchtbaren Last der Rüstungen wolle, auch den Sozialismus wollen müsse. Nur auf diesem Wege läßt sich aus Anlaß der Abrüstungsdebatte wirklich sozialdemokratische Aufklärung und Werbearbeit leisten.

Diese Arbeit wird hingegen ziemlich erschwert, die Stellung der Sozialdemokratie wird unklar und schillernd, wenn durch eine seltsame Rollenverwechslung unsre Partei dem bürgerlichen Staate umgekehrt partout einzureden sucht, er könne sehr wohl die militärischen Rüstungen einschränken und den Frieden herbeiführen, und zwar von seinem eignen Standpunkte, dem eines kapitalistischen Klassenstaats. Freilich hat unsre Reichstagsfraktion bei der jüngsten Debatte durchaus nicht restlos die Möglichkeit einer völligen Abschaffung des Militarismus und der Kriege im Rahmen der bürgerlichen Ordnung zugegeben, Genosse Ledebour hat vielmehr kräftige Ver-wahrungen dagegen eingelegt. Aber gerade daraus ergab sich, daß der gleichzeitigen eifrigen Befürwortung einer teilweisen Abrüstung ein seltsamer Kompromißstandpunkt, der zwischen den beiden Standpunkten, dem der bürgerlichen Friedensapostel und dem der Sozialdemokratie, die Mitte hält, die völlige Überwindung des Militarismus in der heutigen Gesellschaft leugnet, eine teilweise aber für möglich hält, eine Friedensära mitten in der kapitalistischen Welt heraufziehen sieht und doch an der Unvermeidlichkeit der sozialen Revolution festhält.

Es war bis jetzt der Stolz und die feste wissenschaftliche Basis unsrer Partei, daß wir sowohl die allgemeinen Programmdirektiven wie auch die Losungen unsrer praktischen Tagespolitik nicht aus freien Stücken als Wünschenswertes ersannen, sondern uns in allen Dingen auf die Erkenntnis der Tendenzen der gesellschaftlichen Entwicklung stützen, die objektiven Richtlinien dieser Entwicklung zum Maßstab unsrer Stellungnahme machten. Nicht die Möglichkeit vom Standpunkt des jeweiligen Kräfteverhältnisses im Staat, sondern die Möglichkeit vom Standpunkte der Entwicklungstendenzen der Gesellschaft war uns bis jetzt immer maßgebend. Wenn wir den gesetzlichen Achtstundentag immer wieder fordern, obgleich diese Forderung in den heutigen Parlamenten völlig aussichtslos ist, so deshalb, weil sie gerade auf der Linie der fortschrittlichen Entwicklung der Produktivkräfte, der Technik, der internationalen Konkurrenz des Kapitalismus liegt. Nur weil der Achtstundentag zugleich ein enormer revolutionierender Schritt in der Aufklärung und Organisation der Arbeiterklasse wäre, sträubt sich die Bourgeoisie aus allen Kräften dagegen. Wirtschaftlich jedoch wäre der Kapitalismus durch die Einführung des Achtstundentags nicht bloß in seiner Entwicklung nicht aufgehalten, sondern er würde dadurch seine höchste, fortschrittlichste Stufe erklimmen. Die Einschränkung der Rüstungen hingegen, eine Rückbildung des Militarismus, liegt nicht auf der Linie der Fortentwicklung des internationalen Kapitalismus, sondern er

könnte sich nur aus der *Stagnation* der kapitalistischen Entwicklung ergeben. Nur wer einen Stillstand in der Weltpolitik erhofft – und diese ist das höchste und letzte Stadium der kapitalistischen Entwicklung – kann einen Stillstand in den Fortschritten des Militarismus für wahrscheinlich halten. Die Weltpolitik und der ihr dienende Militarismus zu Lande und zu Wasser, in Kriegs- und Friedenszeiten, ist doch nichts andres als die spezifisch kapitalistische Methode, internationale Gegensätze zugleich zu entwickeln und zum Austrag zu bringen. Mit der Fortentwicklung des Kapitalismus und des Weltmarkts wachsen und steigern sich diese Gegensätze zusammen mit den inneren Klassengegensätzen ins Ungemessene, bis sie zur Unmöglichkeit werden und die soziale Revolution herbeiführen. An die Möglichkeit, diese internationalen Konflikte abflauen, sich mildern und verwischen zu lassen, kann nur glauben, wer an die Milderung und Abstumpfung der Klassengegensätze, an die Eindämmung der wirtschaftlichen Anarchie des Kapitalismus glaubt. Sind doch die internationalen Gegensätze der kapitalistischen Staaten nur die andre Seite der Klassengegensätze, die weltpolitische Anarchie nur die Kehrseite der anarchischen Produktionsweise des Kapitalismus. Beide können nur zusammen wachsen und zusammen überwunden werden. „Ein bißchen Ordnung und Friede“ ist deshalb genauso unmöglich, genauso eine kleinbürgerliche Utopie in bezug auf den kapitalistischen Weltmarkt wie auf die Weltpolitik, auf die Einschränkung der Krisen wie auf die Einschränkung der Rüstungen.

Werfen wir einen Blick auf die Vorgänge der letzten 15 Jahre der internationalen Entwicklung. Wo zeigt sich da irgendeine Tendenz zum Frieden, zum Abrüsten, zur schiedlichen Beilegung der Gegensätze?

Wir hatten in diesen 15 Jahren: 1895 den Krieg zwischen Japan und China, der das Präludium der ostasiatischen Periode der Weltpolitik bildete, 1898 den Krieg zwischen Spanien und den Vereinigten Staaten, 1899–1902 den Burenkrieg Englands in Südafrika, 1900 den Chinafeldzug der europäischen Großmächte, 1904 den Russisch-Japanischen Krieg, 1904–1907 den deutschen Hererokrieg in Afrika; dazu kommt 1908 die militärische Intervention Rußlands in Persien, im gegenwärtigen Moment die Militärintervention Frankreichs in Marokko, ohne der unaufhörlichen Kolonialscharmützel in Asien und in Afrika zu gedenken. Schon die nackten Tatsachen zeigen also, daß seit 15 Jahren beinahe kein Jahr ohne eine Kriegsaktion vergangen ist.

Doch wichtiger ist noch die nachhaltige Rückwirkung jener Kriege. Dem Krieg mit China folgte in Japan eine militärische Reorganisation, die zehn Jahre später das Kriegsunternehmen gegen Rußland ermöglichte und Japan zur militärischen Vormacht im Stillen Ozean machte. Der Burenkrieg zog nach sich eine militärische Reorganisation Englands, die Stärkung seiner bewaffneten Macht zu Lande. Der Krieg mit Spanien ist in den Vereinigten Staaten zum Ausgangspunkt einer Reorganisation der Kriegsflotte geworden und hat die Vereinigten Staaten zu einer Kolonialmacht mit weltpolitischen Interessen in Asien gemacht, den Keim des Interessengegensatzes zwischen den Vereinigten Staaten und Japan im Stillen Ozean geschaffen. Den Chinafeldzug begleitete in Deutschland eine grundlegende militärische Reorganisation, nämlich das große Flottengesetz des Jahres 1900, von dem das Wettrennen Deutschlands mit England zur See und die Verschärfung des Gegensatzes zwischen beiden Staaten datiert.

Weiter kommt aber eine andre hochwichtige Erscheinung hinzu, das soziale und politische Erwachen der Hinterländer, der Kolonien und der „Interessensphären“ zum selbständigen Leben. Die Revolution in der Türkei, in Persien, die revolutionäre Gärung in China, in Indien, in Ägypten, in Arabien, in Marokko, in Mexiko sind ebenso viele Ausgangspunkte welt-

politischer Gegensätze, Spannungen, militärischer Aktionen und Rüstungen. Gerade im Laufe der verflossenen anderthalb Jahrzehnte haben sich also die Reibungsflächen der internationalen Politik beispiellos vergrößert, eine Reihe neuer Staaten sind in den aktiven Kampf auf der Weltbühne getreten, alle Großmächte machten eine gründliche militärische Reorganisation durch. Die Gegensätze haben infolge all dieser Vorgänge eine nie dagewesene Zuspitzung erreicht, und der Prozeß dauert immer weiter, da einerseits die Gärung im Orient mit jedem Tage zunimmt, andererseits jede neue Vereinbarung zwischen den Militärmächten unvermeidlich zum Ausgangspunkt neuer Konflikte wird. Die Revaler Entente zwischen Rußland, England und Frankreich,^[4] die Jaurès als eine Gewähr des Weltfriedens feierte, führte zur Verschärfung der Krise auf dem Balkan, beschleunigte den Ausbruch der türkischen Revolution, ermutigte Rußland zur militärischen Aktion in Persien und führte zur Annäherung zwischen der Türkei und Deutschland, die ihrerseits den deutschenglischen Gegensatz zuspitzte. Die Potsdamer Vereinbarung^[5] hat die Verschärfung der Krise in China zur Folge, und von derselben Wirkung war die russisch-japanische Verständigung.

Rechnet man also einfach mit Tatsachen, so hieße es absichtlich die Augen verschließen, wenn man nicht einsehen wollte, daß aus diesen Tatsachen alles andre denn eine Milderung der internationalen Konflikte und irgendwelche Ansätze zum Weltfrieden sprechen.

Wie kann man angesichts dessen von Friedenstendenzen der bürgerlichen Entwicklung reden, die angeblich ihre Kriegstendenzen durchkreuzen und überwinden? Worin sind sie zum Ausdruck gekommen?

In der Kundgebung Sir Edward Greys und des französischen Parlaments? In der „Rüstungsmüdigkeit“ der Bourgeoisie? Aber die mittleren und die kleinbürgerlichen Schichten der Bourgeoisie stöhnen seit jeher über die Last des Militarismus, genauso wie sie über die Verwüstungen der freien Konkurrenz, über die wirtschaftlichen Krisen, über die Gewissenlosigkeit der Börsenspekulation, über den Terrorismus der Kartelle und Trusts stöhnen. Die Tyrannei der Trustmagnaten in Amerika hat sogar einen ganzen Aufruhr breiter Volksschichten und eine langwierige Aktion der Staatsgewalten gegen sie hervorgerufen. Erblickt etwa die Sozialdemokratie hierin die Anzeichen einer beginnenden Einschränkung der Trustentwicklung, oder hat sie nicht vielmehr für jenen kleinbürgerlichen Aufruhr ein mitleidiges Achselzucken und für jene Staatsaktion nur ein höhnisches Lächeln übrig? Die „Dialektik“ der Friedenstendenz der kapitalistischen Entwicklung, die ihre Kriegstendenz angeblich durchkreuzt und über sie obsiegt, läuft einfach auf die alte Binsenwahrheit hinaus, daß die Rosen der kapitalistischen Profitmacherei wie der Klassenherrschaft eben auch für die Bourgeoisie nicht ohne Dornen sind, die sie jedoch trotz Weh und Ach immer noch lieber um ihr Dulderhaupt, solange es geht, zu tragen vorzieht, als sie mitsamt dem Haupt auf den gutgemeinten Rat der Sozialdemokratie loszuwerden.

Dies den Massen auseinanderzusetzen, alle Illusionen in bezug auf die Friedensmache von bürgerlicher Seite rücksichtslos zu zerzausen, und die proletarische Revolution als den einzigen und ersten Akt des Weltfriedens zu erklären, das ist die Aufgabe der Sozialdemokratie angesichts aller Abrüstungssposen, ob sie in Petersburg, London oder Berlin arrangiert werden.

Sich selbst und andern klaren Wein einschenken ist allezeit die beste praktische Politik für die Partei des revolutionären Proletariats gewesen. Und dies ist doppelt unsre Aufgabe in der beginnenden Agitation zu den Reichstagswahlen, wenn wir nicht bloß in die Breite, sondern auch in die Tiefe an Macht und Einfluß zunehmen wollen.

Leipzig, den 8. Mai

Das Utopische des Standpunkts, der eine Friedensära und die Rückbildung des Militarismus in der heutigen Gesellschaft erwartet, kommt deutlich darin zum Ausdruck, daß er zur Projektmacherei Zuflucht nimmt. Es ist ja typisch für utopische Bestrebungen, daß sie, um ihre Realisierbarkeit zu beweisen, möglichst detaillierte „praktische“ Rezepte aushecken. Dahin gehört auch das Projekt der „Vereinigten Staaten Europas“ als Basis zur Einschränkung des internationalen Militarismus.

„Wir unterstützen“, sagte Genosse Ledebour in seiner Etaterede im Reichstag am 3. April, „alle die Bestrebungen, die darauf hinauslaufen, die fadenscheinigen Vorwände für die unaufhörliche Kriegsrüstung zu beseitigen. Wir fordern den wirtschaftlichen und politischen Zusammenschluß der europäischen Staaten. Ich bin fest überzeugt: wenn auch sicher in der Zeit des Sozialismus, so kann es doch auch schon früher dazu kommen, daß wir die *Vereinigten Staaten von Europa* erleben, wie wir heutigentags den Vereinigten Staaten von Amerika im Wettbewerb gegenüberstehen. Wir stellen wenigstens an die kapitalistische Gesellschaft, an die kapitalistischen Staatsmänner die Forderung, daß sie im Interesse der kapitalistischen Entwicklung in Europa selbst, um Europa später in der Weltkonkurrenz nicht vollkommen unter den Schlitten kommen zu lassen, diesen Zusammenschluß Europas zu den Vereinigten Staaten von Europa vorbereiten.“^[6]

Und in der Neuen Zeit vom 28. April schreibt Genosse Kautsky: „Und die Verwirklichung solcher Verständigungen böte noch keine Garantie für eine ständige Fortdauer des Friedens, die das Gespenst des Krieges für immer bannte.

Dafür gibt es heute nur einen Weg: die Vereinigung der Staaten der europäischen Zivilisation in einem Bunde mit gemeinsamer Handelspolitik, einem Bundesparlament, einer Bundesregierung und einem Bundesheer – die Herstellung der *Vereinigten Staaten von Europa*.

Gelänge dies, so wäre Ungeheures erreicht. Diese Vereinigten Staaten besäßen eine solche Übermacht, daß sie ohne jeglichen Krieg alle andern Nationen, soweit sie sich ihnen nicht freiwillig anschließen, dazu zwingen könnten, ihre Armeen aufzulösen, ihre Flotten aufzugeben. Damit hörte aber auch für die neuen Vereinigten Staaten selbst jede Notwendigkeit einer Bewaffnung auf. Sie könnten nun nicht bloß auf alle weiteren Rüstungen, auf das stehende Heer, auf die Angriffswaffen zur See verzichten, deren Aufgeben wir heute schon fordern, sondern auch auf jegliches Mittel der Verteidigung, auf das Milizsystem selbst.

Damit wäre die Ära des ewigen Friedens sicher begründet.“^[7] Zunächst muß festgestellt werden, daß diese Idee jedenfalls in der Parteitagitation ganz neu ist. Weder enthält unser Minimalprogramm auch nur eine Erwähnung einer solchen Konstruktion, noch haben sich je unsre Parteitage oder internationale Kongresse damit befaßt, noch ist sie auch nur in der Parteiliteratur je ernstlich diskutiert worden. Und es hat gewiß sein Mißliches, wenn solche ad hoc, gewissermaßen aus dem Handgelenk geschaffenen Einfälle, die starke Züge eines Verlegenheitsprodukts an sich tragen, von der Tribüne des Parlaments offiziell im Namen der Gesamtpartei befürwortet werden. Es werden auf diese Weise nicht nur vor den bürgerlichen Gegnern, sondern auch in sozialistischen Kreisen im Auslande als Gedankenaussdruck der deutschen Sozialdemokratie Ansichten vertreten, die schon, rein formal genommen, durchaus keinen Anspruch darauf erheben können.

So plausibel die Idee der Vereinigten Staaten Europas als einer Friedenskonvention auf den ersten Blick vielleicht manchem erscheinen mag, sie hat gleichwohl bei näherem Zusehen mit

der Denkweise und den Standpunkten der Sozialdemokratie nicht das geringste zu tun.

Als Anhänger der materialistischen Geschichtsauffassung vertraten wir bis jetzt immer den Standpunkt, daß die modernen Staaten als politische Gebilde nicht künstliche Produkte einer schöpferischen Phantasie, wie z. B. das Herzogtum Warschau napoleonischen Angedenkens,^[8] sondern historische Produkte der wirtschaftlichen Entwicklung sind. Mag das Moment der dynastischen Interessen vom Mittelalter her die Grenzen und die Zusammensetzung der heutigen Staaten, wie z. B. der österreichisch-ungarischen Monarchie, noch so sehr bestimmend beeinflußt haben, die später hinzugetretene kapitalistische Entwicklung hat in dem losen Gemengel von Ländern und Provinzen des Staates wirtschaftliche Zusammenhänge geschaffen, die gemeinsame Klassenherrschaft der Bourgeoisie hat den politischen Reifen um das Ganze gelegt. Die Vereinigten Staaten von Amerika sind in ihrer jetzigen Gestalt als enormes Wirtschaftsgebiet und politische Macht gleichfalls das Produkt eines Jahrhunderts kapitalistischer Entwicklung innerhalb gemeinsamer Staatsgrenzen.

Welche wirtschaftliche Grundlage liegt aber der Idee einer europäischen Staatenföderation zugrunde? Europa ist wohl ein geographischer und in gewissen Grenzen ein kulturhistorischer Begriff. Die Vorstellung jedoch von Europa als einem Wirtschaftsganzen widerspricht zwiefach der kapitalistischen Entwicklung. Einerseits bestehen innerhalb Europas unter den kapitalistischen Staaten – und solange diese existieren – die heftigsten Konkurrenzkämpfe und Gegensätze, andererseits kommen die europäischen Staaten wirtschaftlich ohne die außereuropäischen Länder gar nicht mehr aus. Als Lieferanten der Lebensmittel, Rohstoffe und Fabrikate wie als Abnehmer derselben sind die übrigen Weltheile mit Europa tausendfältig verknüpft. Bei dem heutigen Entwicklungsstadium des Weltmarkts und der Weltwirtschaft ist der Begriff von Europa als einem gesonderten Wirtschaftsganzen ein lebloses Hirngespinnst. Europa bildet ebenso wenig ein in sich zusammenhängendes besonderes Ganzes innerhalb der Weltwirtschaft wie Asien oder Amerika.

Ist die Idee des europäischen Zusammenschlusses wirtschaftlich längst überholt, so nicht minder politisch. Sie ist im Grunde genommen nur ein demokratisch aufgeputzter Abklatsch der Idee vom Konzert der europäischen Mächte, das als der bewegendem Mittelpunkt, als die Zentralsonne des politischen Weltalls die Geschicke entschied. Die Zeiten aber, wo der Schwerpunkt der politischen Entwicklung und die Kristallisationsachse der kapitalistischen Gegensätze auf dem europäischen Kontinent lagen, sind längst vorbei. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts und traditionell noch bis zur Märzrevolution lag der Mittelpunkt der internationalen Politik in dem Gebiet des aufgeteilten Polens, an der deutsch-russisch-österreichischen Grenze. In den fünfziger Jahren verschob er sich an den Bosphorus. Die siebziger Jahre schufen mit dem Deutsch-Französischen Krieg einen neuen Schwerpunkt, um den sich der Zweibund und der Dreibund als die Pfeiler des europäischen Gleichgewichts gruppiert haben. Damals hätte die Utopie der europäischen Föderation wenigstens einen historischen Sinn gehabt. Mit den achtziger Jahren begann aber eine ganz neue Ära der internationalen Politik – es setzten die Kolonialeroberungen mit erneuter Wucht ein, denen in den neunziger Jahren der allgemeine Wettlauf der Weltpolitik um überseeische Einflußsphären, in dem letzten Jahrzehnt das allgemeine Erwachen des Orients folgte. Heute ist Europa nur ein Glied in der wirren Kette internationaler Zusammenhänge und Gegensätze. Und was das Entscheidende: Die europäischen Gegensätze selbst spielen jetzt gar nicht mehr auf dem europäischen Kontinent, sondern in sämtlichen Weltteilen und Ozeanen.

Nur wenn man plötzlich all diese Vorgänge und Verschiebun-

gen aus den Augen verliert und sich in die seligen Zeiten des europäischen Konzerts zurückversetzt, kann man z. B. davon reden, daß wir seit 40 Jahren einen ununterbrochenen Frieden haben. Dieser Standpunkt, für den nur die Vorgänge auf dem europäischen Kontinent existieren, bemerkt gar nicht, daß wir gerade deshalb seit Jahrzehnten keinen Krieg in Europa haben, weil die internationalen Gegensätze über die engen Schranken des europäischen Kontinents ins ungemessene hinausgewachsen sind, weil europäische Fragen und Interessen jetzt auf dem Weltmeer und nicht in dem europäischen Krähwinkel ausgefochten werden.

Die „Vereinigten Staaten Europas“ sind also eine Idee, die sowohl wirtschaftlich wie politisch dem Gang der Entwicklung direkt zuwiderläuft, von den Vorgängen des letzten Vierteljahrhunderts gar keine Notiz nimmt.

Daß eine mit der Entwicklungstendenz so wenig übereinstimmende Idee trotz aller radikalen Allüren im Grunde genommen keine fortschrittliche Losung abgeben kann, bewahrheitet sich auch an dem Einfall der „Vereinigten Staaten Europas“. Nicht von sozialdemokratischen Parteien, sondern von *bürgerlicher* Seite ist bis jetzt von Zeit zu Zeit die Idee eines europäischen Zusammenschlusses aufgeworfen worden.^[1*] Dies geschah aber jedes Mal mit deutlicher *reaktionärer* Tendenz. Es war z. B. der bekannte Sozialistenfeind Prof. Julius Wolf, der die europäische Wirtschaftsgemeinschaft propagierte. Sie bedeutete aber nichts anderes als eine Zollgemeinschaft *zum handelspolitischen Kriege gegen die Vereinigten Staaten von Amerika* und ist auch so von sozialdemokratischer Seite aufgenommen und kritisiert worden. Und jedes Mal, wo bürgerliche Politiker die Idee des Europäertums, des Zusammenschlusses europäischer Staaten auf den Schild erhoben, da war es mit einer offenen oder stillschweigenden Spitze gegen die „gelbe Gefahr“, gegen den „schwarzen Weltteil“, gegen die „minderwertigen Rassen“, kurz, es war stets eine imperialistische Mißgeburt.

Und wenn wir als Sozialdemokraten jetzt versuchen sollten, diesen alten Schlauch mit neuem, scheinbar revolutionärem Wein zu füllen, so muß man sagen, daß die *Konsequenz* jedenfalls nicht auf unsrer, sondern auf bürgerlicher Seite wäre. Die Dinge haben eben ihre eigene, objektive Logik. Und die Losung des europäischen Zusammenschlusses kann *objektiv* innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft nur wirtschaftlich einen Zollkrieg mit Amerika und politisch einen kolonialpatriotischen Rassenkampf bedeuten. Der Chinafeldzug der vereinigten europäischen Regimenter mit dem Weltfeldmarschall Waldersee an der Spitze und dem Hunnenevangelium als Panier – das ist der wirkliche und phantastische, der einzig mögliche Ausdruck der „europäischen Staatenföderation“ in der heutigen Gesellschaft.

Aber sind wir überhaupt noch mit den „Vereinigten Staaten Europas“ in der kapitalistischen Welt?

Das ist das Schwierige an der Sache. Einerseits handelt es sich um eine Staatenföderation „mit gemeinsamer Handelspolitik, einem Bundesparlament, einer Bundesregierung und einem Bundesheer“, also wohl um eine bürgerliche Schöpfung. Und Genosse Ledebour verlangt auch ausdrücklich von den Staatsmännern der heutigen Periode, daß sie im wohlverstandenen Interesse des Kapitalismus selbst diesen Zusammenschluß Europas vorbereiten. Andererseits aber, wenn wir nach den Verwirklichungsmöglichkeiten dieses Projekts fragen, sagt uns Genosse Kautsky, der einzige Weg dazu wäre – eine europäische *Revolution*. Nun ist, wie allgemein bekannt, heutzutage das Proletariat unter der Führung der Sozialdemokratie die einzige Klasse, die eine Revolution machen könnte. Die Verwirklichung der „Vereinigten Staaten Europas“, die als ein praktischer Weg zur Einschränkung des heutigen Militarismus vorgeschlagen werden, soll also einzig und allein durch den Sieg des revolutionären Proletariats, also nach der sozialen Revolution erst ermöglicht werden! Man weiß nicht, was an dieser Vorstellung

mehr zu bewundern ist: die Herrschaft des sozialistischen Proletariats mit einer Bundesregierung und einem „Bundesheer“ oder die Aufforderung an die Staatsmänner der heutigen Periode, sie sollen „im wohlverstandenen Interesse des Kapitalismus selbst“ – die soziale Revolution vorbereiten.

Verrät somit die Idee des europäischen Staatenbundes selbst ihre utopische Natur durch dieses unsichere Schwanken zwischen der kapitalistischen und der sozialistischen Welt, so ist sie andererseits auch ganz unbrauchbar als Agitationslosung, zur konkreteren Vorstellung über die Grundlagen der proletarischen Politik. Die Idee der europäischen Kulturgemeinschaft ist der Gedankenwelt des klassenbewußten Proletariats völlig fremd. Nicht die europäische Solidarität, sondern die *internationale* Solidarität, die sämtliche Weltteile, Rassen und Völker umfaßt, ist der Grundpfeiler des Sozialismus im Marxschen Sinne. Jede Teilsolidarität aber ist nicht eine Stufe zur Verwirklichung der echten Internationalität, sondern ihr Gegensatz,

Fußnote: 1*. Hier ist unserer Genossin Luxemburg ein kleiner Gedächtnisfehler unterlaufen. Der Gedanke eines wirtschaftlichen Zusammenschlusses Europas, „um Europa später in der Weltkonkurrenz nicht vollkommen unter den Schlitten kommen zu lassen“, ist auch in der Neuen Zeit ausführlich behandelt worden. Allerdings war es kein anderer als der damals noch sich zur Sozialdemokratie rechnende Herr Calwer, der im Jahre 1898 diesen Standpunkt vertrat und der damals erleben mußte, daß ihn die Redaktion der Neuen Zeit derb abschüttelte. Siehe XVI. Jg., II. Bd., Heft 37 der Neuen Zeit – (Die Redaktion der LV [Leipziger Volkszeitung])

Anmerkungen (übernommen von <https://www.marxists.org>, entsprechen dem Original in R. Luxemburg, Gesammelte Werke, Band 2, Dietz Verlag Berlin, 1972)

1. Die Reichstagswahlen fanden am 12. Januar 1912 statt. Die Sozialdemokratie konnte die Zahl ihrer Mandate gegenüber 1907 von 43 auf 110 erhöhen und wurde somit zur stärksten Fraktion im Reichstag.
2. Vom 15. Juni bis 18. Oktober 1907 hatte die Zweite Haager Konferenz stattgefunden, an der Vertreter aus 47 Ländern teilnahmen. Die imperialistischen Großmächte, besonders Deutschland, weigerten sich, ihre Kriegsrüstungen einzuschränken und ein Schiedsgericht zur Schlichtung internationaler Konflikte anzuerkennen. Es zeigte sich, daß alle an der Konferenz beteiligten Großmächte sich auf einen Weltkrieg vorbereiteten.

3. Am 13. März 1911 hatte der britische Staatssekretär Sir Edward Grey im britischen Unterhaus über Möglichkeiten für ein Abkommen mit Deutschland gesprochen. Er empfahl, beide Länder sollten die militärischen Ausgaben einschränken und auf eine Steigerung der Flottenrüstung verzichten, um damit dem finanziellen Ruin entgegenzuwirken.

4. Am 9. und 10. Juni 1908 fand in Reval eine Zusammenkunft des Zaren Nikolaus II. mit dem englischen König Eduard VII. statt, auf der die 1907 abgeschlossenen Verträge und die Übereinstimmung der Ansichten über die Lage in Persien, Afghanistan und Makedonien bekräftigt wurden.

A. Fallières, seit 1906 Präsident Frankreichs, kam am 27. und 28. Juli 1908 mit dem Zaren in Reval zusammen, um das russisch-französische Bündnis zu bekräftigen.

5. Am 4. November 1910 war der russische Zar Nikolaus II. zu einem mehrtägigen offiziellen Besuch nach Deutschland gekommen. Aus diesem Anlaß verhandelte der ihn begleitende Außenminister, S.D. Sasonow, mit dem deutschen Staatssekretär des Auswärtigen, Alfred von Kiderlen-Wächter, in Potsdam über die Abgrenzung der beiderseitigen Interessen in Persien und über Fragen der Bagdadbahn. Die Verhand-

lungen scheiterten an den zu weit gehenden deutschen Forderungen.
6. „Wir suchen innerhalb des Kapitalismus diejenigen Bestrebungen zu unterstützen, die auf eine Beseitigung der Raubtiereinflüsse hinzielen. Wir wollen eben jetzt schon alle die wirtschaftlichen Forderungen, die der Kapitalismus selber in der Richtung auf den Frieden herausarbeitet, stärken und darauf hinwirken, daß ein solcher Zusammenschluß der Staaten zu gemeinsamer wirtschaftlicher Kulturentwicklung heute schon in der Zeit des Kapitalismus stattfinden kann und daß damit die Scheingründe für das unaufhörliche Kriegsrüstung beseitigt werden können. wir erheben die Forderung, daß die europäischen Staaten sich wirtschaftlich und politisch zusammenschließen müssen. Ich bin fest überzeugt: wenn auch sicher in der Zeit des Sozialismus, so kann es doch auch schon früher dazu kommen, daß wir die *Vereinigten Staaten von Europa* erleben, wie wir heutigentags den Vereinigten Staaten von Amerika im Wettbewerb gegenüberstehen. Wir stellen wenigstens an die kapitalistische Gesellschaft, an die kapitalistischen Staatsmänner die Forderung, daß sie im Interesse der kapitalistischen Entwicklung in Europa selbst, um Europa später in der Weltkonkurrenz nicht vollkommen unter den Schlitten kommen zu lassen, diesen Zusammenschluß Europas zu den Vereinigten Staaten von Europa vorbereiten.“

(Verhandlungen des Reichstags. XII. Legislaturperiode. II. Session, Bd. 266. Stenographische Berichte, Berlin 1911, S. 6142/6143.)
7. K. Kautsky, Krieg und Frieden. Betrachtungen zur Maifeier, in Die Neue Zeit (Stuttgart), 29. Jg. 1910/11, 2. Band, S. 105/106.
8. Am 22. Juli 1807 war durch Napoleon Bonaparte das Großherzogtum Warschau geschaffen worden, in dem eine eigene Verfassung dekretiert, die Leibeigenschaft aufgehoben und der Code Napoléon eingeführt wurde. Dieses kleine, im Ergebnis des Tilsiter Friedensvertrages entstandene Territorium existierte bis 1815.

„Das Wort sie sollen lassen stahn.“

Zum Text: „Macht und Frieden, Grundlegung einer Theorie der internationalen Politik“

CHRISTOPH CORNIDES, Mannheim. Hans J. Morgenthau (nicht zu verwechseln mit Henry Morgenthau, amerikanischer Finanzminister und Verfasser des sog. „Morgenthau-Planes“, 1944, für die Reagrarisierung eines besiegten Hitlerdeutschlands) – Morgenthau verfasste die erste Ausgaben von „Politics among Nations“, also über die Politik zwischen national verfassten Staaten, unmittelbar nach Ende des Zweiten Weltkrieges. Mehrere zeitgeschichtlich und in der Theoriebildung aktualisierte Ausgaben folgten. „Politics among Nations“/„Macht und Interesse“ wurde zum Standardwerk der sog. „Realistischen Schule“ und zum Bezugspunkt – aus unterschiedlichen Blickwinkeln – verschie-

dener nachfolgender Denk- und Politikrichtungen.

In den letzten Jahren, etwa seit der Jahrtausendwende, erlebt die Befassung mit Hans J. Morgenthau eine Renaissance in der US-amerikanischen akademischen Politikwissenschaft, nicht zuletzt als Ausgangspunkt für liberale und demokratische Kritik an den politischen und militärischen Kreuzzügen der Neokonservativen und der offiziellen US-Außenpolitik. Auch für die Linke im weitesten Sinne, die sich gemeinsame konzeptionelle Grundlagen für eine internationale und Außenpolitik erst erneut erarbeiten muss, lohnt die Lektüre sowohl aus historischer wie aus aktueller praktischer Sicht.

Zum Text: „Weltordnung“

CHRISTOPH CORNIDES, MANNHEIM. Von Henry Kissinger. Henry Alfred Kissinger, inzwischen 95, ist US-amerikanischer Politikwissenschaftler, war ehemaliger Politiker der Republikanischen Partei, von 1969 bis 1973 Nationaler Sicherheitsberater, von 1973 bis 1977 Außenminister der Vereinigten Staaten. Zwischen 1969 und 1977 spielte er also eine zentrale Rolle in der US-amerikanischen Außenpolitik. Strategie grausamer Kriege und Regime Changes in Lateinamerika, Afrika und Asien ebenso wie des Politikwechsels gegenüber China unter Nixon (1969–1974 US-Präsident), begann er seine wissenschaftliche Laufbahn mit einer Harvard-Abschlussarbeit von fast 400 Seiten über Metternich, den Wiener Kongress und die staatliche Neuordnung Europas nach dem Sturz Napoleons I. Metternich zerstörte mit Hilfe seiner Geheimdiplomatie liberale Bestre-

bungen im Europa des 19. Jahrhunderts, aber – so die Sicht Kissingers – er stabilisierte damit das Gleichgewicht der Mächte. Eine ähnliche Rolle, nun in einer „Stabilisierungspolitik“ der herrschenden „pax americana“, nahm Kissinger dann wohl für sich und seine Funktion als Chefberater und Außenminister in Anspruch. In „Weltordnung“ stellt Kissinger sich und anderen u.a. die Frage, ob das westlich geprägte System souveräner Staaten, wie es sich seit dem Westfälischen Frieden von 1648 herausgebildet hat, unter dem Einfluss imperialer Politik einerseits und zerfallender Staaten andererseits zu Ende geht und welche Ordnungssysteme an seine Stelle treten. Dazu befasst er sich mit den Ordnungssystemen verschiedener Weltregionen und ihren historischen Wurzeln (z.B. islamische Länder, China, „der Westen“).

Unterstützte Projekte / Sachstandsberichte

Bei der Mitgliederversammlung der ArGe am Samstag, den 5. Januar, in Erfurt steht der Punkt Projektberichte auf der Tagesordnung

Projekt Wegemarken

Im Rahmen unseres Projektes haben wir nun seit zwei Jahren regelmäßig Kalenderblätter in den „Politischen Berichten“ veröffentlicht. Mit dem von der Europäischen Kommission bewilligten Projekt der EFBH besteht nun die Möglichkeit des Austausches und der Weiterentwicklung auch unseres Projektes. Ziel des EFBH-Projektes ist, eine Broschüre zu veröffentlichen, die sowohl Zeitleisten als auch jeweils ein oder zwei Wegemarken für etwa 15 Länder in acht Sprachen zu veröffentlichen. Ende des Projektes und Zeitpunkt der Veröffentlichung ist Ende 2019.

Mit der Überschneidung des Ansatzes werden wir auch weitere Länder in unsere Sammlung von Zeitleisten aufnehmen können. Ebenso werden Kalenderblätter entstehen, die nach Zustimmung der Autoren zur Veröffentlichung in den „Politischen Berichten“ genutzt werden können.

Im Rahmen des EFBH-Projekts fand im Mai ein Workshop in Brüssel statt. Hier wurde deutlich, dass die Zugänge zu der Frage, wie sozialer Fortschritt in Richtung Emanzipation gedeutet, was darunter gefaßt wird, je nach historischem Hintergrund der Länder, aus denen der jeweilige kommt, doch stark variieren. Eigentlich eine Bestätigung des Ansatzes unseres Projektes. Teilnehmer aus osteuropäischen Ländern blicken auf andere Wege, wie die Dinge in die Welt gekommen sind. Die realsozialistische Phase hatte ja beispielsweise eine andere Struktur der industriellen Beziehungen, kannte keine Aushandlung von autonomen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden.

Verbreitet ist auch das Bedürfnis, zu den diversen Aspekten der Emanzipation und des sozialen Fortschritts Ländervergleiche vorzunehmen, zu schauen, wie weit die einzelnen Länder auf der Wegstrecke gekommen sind. Die Lenkungsgruppe des Projektes hat diesbezüglich allerdings an dem Projektkonzept festgehalten, die Besonderheit, den Fall in den Mittelpunkt zu stellen und sich eines Vergleiches zu enthalten.

Bei einer Rückschau auf die bisher publizierten Kalenderblätter fällt eine Häufung zu den Themenbereichen Frauenrechte, Bildungsfragen, Arbeitsrechte. Die Themenbereiche Individualrechte und Beteiligungsrechte im politischen Raum sind bisher etwas unterbelichtet. Auf unserer Sitzung wurde vorgeschlagen ein Kalenderblatt zur Anerkennung von Deserteuren und ihrer Anerkennung in der Gesellschaft zu erstellen.

In den nächsten Monaten sollte die Projektgruppe auch den

Internetauftritt pflegen. Neben dem Einpflegen von neuen Zeitleisten sollten die bestehenden Zeitleisten überarbeitet und die Arbeit an Hintergrundmaterialien fortgesetzt werden.
Rolf Gehring. eMail: rgehring@efbh.be

Religionsfreiheit und linke Politik

Diskussion nimmt Fahrt auf ...

Die von der „Arbeitsgemeinschaft „Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ in Zusammenarbeit mit dem „Verein für Politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation“ angestoßene öffentliche Diskussion darüber, wie ein demokratisch geordnetes Miteinander von Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften in diesem Land glücken kann, nimmt erfreulicherweise Fahrt auf. Das dazu im März dieses Jahres erschienene Themenheft „Religionsfreiheit und linke Politik“ liegt nun bereits in dritter Auflage vor. Der Gesprächskreis „Weltanschaulicher Dialog“ bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin hat das Thema aufgegriffen und plant für Anfang kommenden Jahres auf einer Sitzung sich schwerpunktmäßig damit zu befassen.

Allerdings: Das Heft stößt auf unterschiedliche Resonanz. Während vor allem religiös orientierte Menschen an Vorschlägen interessiert sind, wie ein rechtlich abgesichertes Zusammenleben mit anderen in dieser Gesellschaft gelingen kann, beteiligen sich laizistisch orientierte Freunde und Freundinnen bislang kaum an dieser Diskussion: Man kann das ganz gut nachvollziehen, wünschen sie sich doch eher eine Gesellschaft, in deren öffentlichem Raum Religion erst gar nicht vorkommt. Gerade aber auch mit ihnen suchen wir die Debatte. Eines sei ihnen schon jetzt versichert: Die marxistische Religionskritik ist von uns nicht vergessen! Das Heft ist abrufbar auf der Homepage der Arbeitsgemeinschaft „Kommunistische Politik von unten“ (KPvu) der LINKEN in Schleswig-Holstein: <https://www.linke-sh.de/2018/religionsfreiheit-und-linke-politik/> oder hier: <http://www.linkekritik.de/index.php?id=705>.

Wer neugierig geworden ist, kann sich das Themenheft gerne per Papierpost zusenden lassen. Eine kurze Nachricht genügt. Wer in seinem Bereich eine Veranstaltung mit Vortrag und Diskussion zur „Religionsfreiheit“ plant – und wir lieben durchaus die Kontroverse – kann sich gerne bei mir melden.

Karl-Helmut Lechner, Oktober 2018, Karl-Helmut.Lechner@wtinet.de

Berichterstattung* „Rechte Provokationen – demokratische Antworten“

Bisherige Schwerpunkte:

Auseinandersetzung mit rechter, insbesondere AfD-Programmatik und prominenten AfD-Vertretern entlang verschiedener inhaltlicher (Wirtschaft/Soziales) und gesellschaftlicher (Parlament, Straße, Gewerkschaften) Bereiche; Dokumentation verschiedener Positionen des Umgangs mit und von Protestbewegungen gegen Rechtspopulisten.

Nächste Vorhaben:

- Aktivitäten gegen europaweite Rechtsentwicklung – z. B. Aktionsplan für den europäischen Wahlkampf 2019 der FIR (Internationale Föderation der Widerstandskämpfer – Bund der Antifaschisten), Verbindung mit Erinnerung an den dt. Faschismus in europ. Ländern. Quelle: Rundschreiben der FIR.
– Identitäre Bewegung als strategische Ideengeber der Rechtspopulisten

Das Buch: „Provokation“ von Götz Kubitschek, das als Grundlagentext der Identitären Bewegung gilt, wurde von Helmut Kellershohn (DISS) kommentiert. Abdruck des gekürzten Textes geplant. Anfrage rst

– Bericht über Fachtagung am 16. November 2018 „Polarisierte Gesellschaft? Solidarische Gesellschaft!“

Kreis Offenbach und Partnerschaften für Demokratie. Blick auf Pläne und Verhaltensweisen von Demokrat*innen. Berichterstattung rst

– AfD strebt Regierungsbeteiligung an und es gibt bereits Angebote von seiten der CDU (z.B. Sachsen). Was hat die LINKE vor? Autor?

R. Steffens 2.10.18, rosemariesteffens@web.de

* In Zusammenarbeit mit den „Politischen Berichten“, jede Ausgabe 2 Seiten.

Projekt: „Duales System der Berufsausbildung“ – Erfolgsmodell oder krisenhafte Entwicklung?

Gliederungselemente:

1. Herkunft des dualen Systems der Berufsausbildung in der Bundesrepublik Deutschland (im europäischen Rahmen)
2. Entwicklung des dualen Systems in Deutschland seit dem Berufsbildungsgesetz 1969.
3. Allgemeine und berufliche Bildung
4. Berufsschulen und Berufsfachschulen
Teilzeit- und Vollzeitberufsschulen (Gesundheits- und Pflegeberufe u.a.)
5. Berufsbildung und akademische Bildung (gesteuert durch den „Bologna-Prozess“)
6. „Beruflichkeit“ und „Facharbeit“
7. Veränderungen im dualen System:
– Reform bzw. Umgestaltung von Berufen (Übersicht)
– Modularisierung der Ausbildung
– Berufsschule: von Fächern zu Lernfeldern (Darstellung am Beispiel)
– Versuche der Privatisierung der Berufsschulen (Hamburg)
8. Probleme des dualen Systems:
– Ungleichgewichte: Die Berufsschule als „Juniorpartner“
– Prüfungen in der Hand der Kammern
9. Diskussion: „Wer nicht ausbildet, soll zahlen“
10. Vergleich mit anderen EU-Ländern
11. Diskussion von Gewerkschaften und Unternehmerverbänden

Koordination: Johann Witte, Bremen, eMail: Johannfirst@web.de

NEU: Lektüreprojekt: Der Große Krieg 1914–1918 und die Politik der Kriegsgegner

Bereits vorhandene Buch-/Dokumentvorstellungen
(noch unvollständig)

Richard Müller, **Eine Geschichte der Novemberrevolution**. Richard Müller – einer der Initiatoren des Generalstreiks in Berlin am 9.11.1918 hat 1924/25 das hier vorgestellte Buch veröffentlicht. Müller geht es um den Konflikt zwischen Räte-republik und SPD, er war der festen Überzeugung, dass „die Bewegung vom 9. November ohne Stillstand weitergetrieben“ werden müsse. Der den Politischen Berichten zugesandte Lektürebericht (der zweite Beitrag in diesem Heft der Politischen Berichte zum Thema „Epocheneinbruch 1914 bis 1923“) schließt: „Am Ende siegte die SPD über die Revolution Die SPD hatte ihre Schuldigkeit getan, die Faschisten übernahmen die Macht und die Bourgeoisie triumphierte.“

Lektürebericht Andreas Adrians, veröffentlicht in den Politischen Berichten 4/2018, S. 19

Herfried Münkler, **Der Große Krieg – Die Welt 1914 bis 1918**. Kriegsschuld und Verantwortung für die „Urkatastrophe“ des 20. Jahrhunderts sind nicht das Thema von Münkler, sondern die ideologischen, religiösen und kulturellen Hintergründe sowie die ursächlichen politischen und militärischen Entscheidungen. Münkler gelingt zweierlei: er regt zum Befassen mit ungelösten Fragen an und weist eindringlich auf die Folgen politischer Entscheidungen hin – „unvermeidlich“ war der Erste Weltkrieg nicht. So gab es Ansätze der Kooperation z.B. zwischen Deutschland und Frankreich, dem stand die ago-

nale Sicht gegenüber, dass es einen Sieger in der Konkurrenz geben müsse. Den Kriegsverlauf betreffend waren es deutsche Entscheidungen für brutal völkerrechtswidriges Vorgehen, die zu diesem vierjährigen Gemetzel führten. Das Deutsche Reich hatte, nach Münkler, eigentlich weder zwingenden Grund, noch ein überzeugendes Ziel für diesen Krieg: so wurde der Krieg zum Selbstzweck. Interessant auch die Aussichten, die „das Habsburger Reich als ein möglicher Vorläufer einer mittel- und südeuropäischen EU“ gehabt hätte, wenn es sich nicht auf den Krieg kapriziert hätte. Münklers Schlußfolgerung, bestehende Konfliktfelder zu bearbeiten anstatt sie zu übersehen, ist überzeugend begründet.

Lektürebericht Alfred Küstler veröffentlicht in den Politischen Berichten 2/2018, S. 20

Vorschläge für Buch- bzw. Dokumentvorstellungen,
Autoren teilweise noch gesucht

Friedenskonzepte im Wandel. Analyse der Vergabe des Friedensnobelpreises von 1901 bis 2016. 1901 wurde der Friedensnobelpreis das erste Mal verliehen. Er ist ein programmatischer Preis, anders als die weiteren Nobelpreise. Friedenskonzepte und Friedensideen haben sich in den letzten 100 Jahren gewandelt – die Autorinnen machen einen Anfang, diesen Wandel begreifbar zu machen. Brigitta Bader-Zaar, Gertrud Diendorfer, Susanne Reitmair-Juárez (HG): Studien Verlag, Innsbruck, 2018

Lektürebericht geplant: Eva Detscher

Franz. J. Bauer, **Die Regierung Eisner 1918/19. Ministerratsprotokolle und Dokumente.** Die Sammlung ermöglicht einen Blick auf die Kopplung von Rätebewegung und Institutionen. Von besonderem Interesse Dokumente, die zeigen, wie sich Eisner nach der verheerenden Wahlniederlage die verbundene Arbeit von außerparlamentarischer – Räte – und parlamentarischer Arbeit vorstellte. Droste Verlag Düsseldorf 1987

Lektürebericht geplant: Martin Fochler

Markus Bredendiek: **Die Haager Friedenskonferenzen von 1899 und 1907** (1994). Die Publikation beschreibt sowohl das Zustandekommen und die Vorbereitungszeit der Haager Konferenzen als auch ihre Abläufe. Insbesondere wirft sie aber einen Blick auf die Verarbeitung der Konferenzen in der deutschen Öffentlichkeit und in den verschiedenen politischen Strömungen der Zeit. Es werden ebenso Stellungnahmen verarbeitet und die Stellung der Sozialistischen Internationale (Stuttgarter Kongress 1907) zur Frage des Militarismus dargestellt. Quelle: https://www.hans-otto-bredendiek.de/Markus/Haager_Friedenskonferenzen.html

Lektürebericht geplant: Rolf Gehring

Carolina Kenny: **Jeremy Bentham, Prinzipien des internationalen Rechts**, Aufsatz 2015. Jeremy Bentham, 1748 in London geboren, war einer der Begründer des Utilitarismus, der die angloamerikanische Gesellschaften stark prägte und prägt. Bentham gilt als der erste, der den Begriff des internationalen Rechts herausgearbeitet hat, auch in Abgrenzung des bis dahin gebräuchlichen Begriffs des Rechts der Nationen. Er öffnet damit den Weg zu einem eigenständigen internationalen Recht, das über den Interessen der einzelnen Staaten steht. Von Beginn an stehen für ihn dabei Fragen von Krieg und Frieden im Mittelpunkt. Der Aufsatz zeichnet seinen Gedankengang nach. Quelle: <http://www.classicsofstrategy.com/2015/08/principles-of-international-law-bentham.html>

Lektürebericht geplant: Rolf Gehring

Peter Landau / Rolf Ries, **Recht und Politik in Bayern zwischen Prinzregentenzeit und Nationalsozialismus. Die Erinnerungen von Philipp Loewenfeld.** Aktiv Druck und Verlag GmbH Ebelsbach 2004. P. Loewenfeld war zusammen mit anderen Juristen Verfasser des „Staatsgrundgesetzes für die Republik Bayern“. Seine 700 Seiten umfassenden Erinnerungen wurden 1942/1943 in der Emigration in New York verfasst. Der Text liefert Hinweise, wie die breite Basis für die Demokratisierung Bayerns entstand und wie sie verloren ging. Die Bitterkeit, die den Text durchzieht und die Perspektive verrückt, wird aus dem Lebenslauf selbst verständlich. Aktiv Druck und Verlag GmbH Ebelsbach 2004.

Lektürebericht geplant: Martin Fochler

Dokument: **Die Haager Landkriegsordnung von 1907** – Die 1899 fertiggestellte und 1907 noch leicht revidierte Haager Landkriegsordnung ist eines der bedeutendsten Dokumente des noch heute gültigen Rechts im Krieg (Ius in Bello). Darin wurde erstmals eine Kodifizierung der völkerrechtlich bestehenden Verpflichtungen zur Mäßigung in Kriegen vorgenommen. Geregelt wurden dabei der Kombattantenstatus, die Behandlung von Kriegsgefangenen, die Zulässigkeit von Kriegsmitteln, die Behandlung von Spionen und Parlamentären sowie die Rechte einer Besatzungsmacht. In ihr materialisiert sich in gewisser Weise auch die Anstrengungen der Friedensbewegung und die vielen Friedenskonferenzen der 80er und 90er Jahre des 19. Jahrhunderts. Quelle:

https://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_de&dokument=0201_haa&object=translation&l=de
Lektürebericht / Kurzvorstellung geplant: Rolf Gehring

Ulrich Menzel (Hrsg.) **Vom ewigen Frieden und vom Wohlstand der Nationen:** Aufsatzsammlung. Ausgangs- und Anknüpfungspunkt für die in dem Band versammelten Aufsätze sind die beiden klassischen und wirkmächtigen Texte Kants (Vom ewigen Frieden) und Smith (Vom Wohlstand der Nationen), die beide in der Tradition von Idealismus und Aufklärung stehen und Friedens- und Entwicklungstheorie mitbegründet haben. Die Aufsätze fragen nun, inwieweit die Ansätze dieser beiden klassischen Schriften unter den Bedingungen der „Globalisierung und Fragmentierung“ noch Relevanz haben bzw. als Bezugspunkte für eine Demokratie, Menschenrechte und Gerechtigkeit orientierte Politik sein können. Dabei werden unterschiedlichste Fragestellungen und Politikfelder bearbeitet. Aus der Fülle der Ausätze können einige für unsere Fragestellung relevante ausgewählt, geprüft und rezensiert werden. Ulrich Menzel (Hrsg.): Vom Ewigen Frieden und vom Wohlstand der Nationen, Suhrkamp Verlag

Lektürebericht geplant: Rolf Gehring, weitere Autoren gesucht

Uli Schöler, Thilo Scholle (Hg.), **Weltkrieg, Spaltung, Revolution. Sozialdemokratie 1916–1922**, Beiträge von 33 Autorinnen und Autoren leuchten in den Abschnitten Perspektiven einer sozialdemokratischen Außen- und Europapolitik, Die Haltung der Gewerkschaften, Regionaluntersuchungen, Demokratie und/oder Diktatur des Proletariats, Spaltungen und Wiederannäherungen die Entscheidungen und Hintergründe in der damaligen Sozialdemokratie handelnden Personen aus. Die Publikation wurde von der Friedrich-Ebert-Stiftung gefördert. Dietz Nachf. GmbH, Bonn 2018. 470 Seiten.

Lektürebericht geplant: Martin Fochler

Bertha von Suttner: **Die Waffen nieder!**, Roman 1889. Der Roman verzeichnete schon bis 1905 die enorme Anzahl von 35 Auflagen. Er hat somit eine enorme Wirkung auf die Friedensbewegung und die öffentliche Meinung genommen. Die Autorin nimmt mit ihrer Prognose, dass künftige Kriege keine Entscheidungen mehr herbeiführen, sondern nur „Erschöpfung und Vernichtung“ auf beiden Seiten bringen, in gewisser Weise die Erfahrung des Ersten Weltkrieges vorweg. Die Schrift verarbeitet die Kriege der jüngeren Zeit und ist eigentlich eine Programmschrift, die die Lehren aus diesen Erfahrungen zieht, halt in Romanform. Bertha von Suttner: die Waffen nieder – ein Erlebnisbericht; u. a. Holzinger (9,80 Euro)

Lektürebericht: Autor offen

Stefan Zweig, **Berta von Suttner.** Eine Ansprache inmitten des Weltkrieges im April 1917, anlässlich der Eröffnung des internationalen Frauenkongresses für Völkerverständigung in Bern. Erstmals in „Neue Freie Presse“, Wien, 21. Juni 1918 veröffentlicht. Aufgenommen in Begegnungen mit Menschen, Büchern, Städten, Wien-Leipzig-Zürich: Herbert Reichner Verlag 1937; Berlin und Frankfurt am Main: S. Fischer 1955. In seiner Ansprache würdigt Stefan Zweig die Friedensnobelpreisträgerin und außergewöhnliche Frau Berta von Suttner, die am 21. Juni 1914 gestorben war, in der ihm ganz eigenen Genialität: in ihrer Zeit mit Beharrlichkeit einem unzeitgemäßen Ziel verpflichtet, führt an ihr kein Weg vorbei bei allen Überlegungen, wie eine Welt ohne Krieg aussehen könnte. Stefan Zweig, Die schlaflose Welt. Fischer Taschenbuch Verlag Frankfurt am Main, 5. Auflage, 2012

Lektürebericht geplant: Eva Detscher

Aktualisierung dieses Arbeitsprogramms und Hinweise zur Mitwirkung unter www.linkekritik.de/lektuereliste